

Feministische Außenpolitik gestalten

Leitlinien des Auswärtigen Amts



Auswärtiges Amt

Solange Frauen nicht sicher sind, ist niemand sicher. So hat es mir eine ukrainische Frau Anfang 2022 gesagt, als wir gemeinsam nahe der Kontaktlinie standen. Das war noch vor dem 24. Februar, vor Russlands brutalem Angriffskrieg auf die Ukraine. Vielleicht ist mir dieser Satz genau deshalb so gut in Erinnerung geblieben, weil er in nahezu beängstigender Weise vorzeichnete, was den Menschen in der Ukraine bevorstand. Der Satz dieser Frau begleitet mich seitdem auf meinen Reisen durch die Welt als Mahnung. Ihr folgen wir, wenn wir gemeinsam mit den tapferen ukrainischen Frauen gegen Straflosigkeit und für ein Ende der Gewalt in der Ukraine kämpfen. Wir folgen ihr, wenn wir Überlebende der brutalen sexualisierten Gewalt unterstützen, die Russen seitdem auf ukrainischem Boden entfesselt haben.

Jina, eine junge Iranerin, war 22 Jahre alt, als sie getötet wurde, weil sie ihr Kopftuch nicht so trug, wie es vorgeschrieben ist. Abolfazl war 17, als er die Schule schwänzte, um an Protesten für die Rechte von Frauen teilzunehmen – und getötet wurde. Minoos war 62. An ihrem Grab trauerte ihre Tochter mit abrasiertem Haar, unverschleiert. Die mutigen Frauen und Männer in Iran fordern ein, was selbstverständlich sein sollte: Das Recht auf ein Leben in Freiheit und Würde, für alle Menschen im Land.

Menschen, Schicksale, die zeigen, worum es feministischer Außenpolitik geht: Frauenrechte sind ein Gradmesser für den Zustand unserer Gesellschaften. Wo alle Menschen gleiche Chancen und Rechte haben, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben, profitieren alle. Gesellschaften, in denen Gleichstellung verwirklicht oder zumindest angestrebt ist, sind friedlicher, gerechter, nachhaltiger und wirtschaftlich erfolgreicher als solche, die Frauen und andere von der Teilhabe ausschließen. Wo Frauen, wo marginalisierte Menschen unterdrückt, misshandelt oder umgebracht werden, leiden alle. Und oft ist Repression nach innen ein Warnsignal für zukünftige Aggression nach außen, zum Beispiel wie im Fall Russlands.

Wir verfolgen eine feministische Außenpolitik, weil es bitternötig ist. Weil Männer und Frauen weltweit noch immer nicht gleichgestellt sind. Weil Frauen, aber auch Kinder oder Ältere in Konflikten besonders verletzlich sind. Auf meinen Reisen habe ich immer wieder einen Satz gehört, von dem ich gehofft hatte, dass er längst der Vergangenheit angehört: „Vergewaltigung – das gehört halt zum Krieg dazu.“ Feministische Außenpolitik bedeutet, sich dagegenzustellen, klarzumachen, dass Vergewaltigungen ein Verbrechen sind. Und dass die Täter zur Verantwortung gezogen werden müssen.

Feministische Außenpolitik heißt, dass wir besondere Verletzlichkeiten nicht nur sehen, sondern sie gezielt angehen, auch in unserer Projektförderung oder der humanitären Hilfe. Eine feministische Außenpolitik zielt so auf die Gleichstellung von Frauen und Mädchen weltweit. Sie nimmt sich der besonderen Belange marginalisierter Gruppen an. Sie will erreichen, dass alle Menschen die gleichen Rechte genießen. Sie will gewährleisten, dass sie in allen Lebensbereichen in gleicher Weise repräsentiert sind. Sie will den Weg dafür bahnen, dass sie den gleichen Zugang zu Ressourcen haben. Sie will davon profitieren, dass Frauen als *agents of change* und Führungspersonen Gesellschaften voranbringen und Demokratie stark machen. Sie möchte dies in gleichem Maße für alle Menschen erreichen.

Was für einen Unterschied gleichberechtigte Teilhabe macht, das habe ich in zahlreichen Verhandlungssituationen in den letzten Monaten erlebt. Als wir in der NATO im vergangenen Jahr das strategische Konzept verhandelt haben, war es immer wieder eine überregionale Gruppe engagierter Außenministerinnen, die sich abgestimmt und ausgetauscht haben, so dass insbesondere der Fokus auf die menschliche Sicherheit stark verankert wurde. Bei der Klimakonferenz COP27 in Sharm El Sheik waren es die europäischen Umweltministerinnen, die gemeinsam mit unserer Sonderbeauftragten für internationale Klimapolitik, Jennifer Morgan, die EU-Verhandlungsposition gestützt haben, transparent und sachorientiert, die Tempo gemacht und neue Vorstöße ermöglicht haben.

Dass Frauen gleichberechtigt mitentscheiden, wenn es um ihre Zukunft geht, sollte im Jahr 2023 eine Selbstverständlichkeit sein. Leider ist es noch lange nicht die Regel. Auch hierzulande. Im Deutschen Bundestag sind nur 35% der Abgeordneten Frauen.

Feministische Außenpolitik ist keine Außenpolitik für Frauen, sondern für alle Mitglieder einer Gesellschaft. Sie schließt ein und nicht aus. Sie trägt dem Umstand Rechnung, dass Diskriminierung nie eindimensional ist. Deshalb macht sie sich für alle stark, die aufgrund von Geschlechtsidentität, Herkunft, Religion, Alter, Behinderung, sexueller Orientierung oder aus anderen Gründen an den Rand von Gesellschaften gedrängt werden. Mit diesem Kompass setzt sie an historisch gewachsenen Machtstrukturen an, um sie aufzubrechen. Dabei basiert sie auf kritischer Selbstreflexion über die eigene Geschichte, stellt sich historischer Verantwortung auch für unsere koloniale Vergangenheit und ist offen, von anderen zu lernen.

Diese Gedanken wollen wir als roten Faden in unser außenpolitisches Denken weben. Dass wir uns einer feministischen Außenpolitik verpflichten, haben wir im Koalitionsvertrag vereinbart. Es ist integraler Teil unserer wertegeleiteten Außenpolitik. Im Sinne eines umfassenden Verständnisses von Sicherheit wollen wir, dass sich dies auch in unserer Nationalen Sicherheitsstrategie widerspiegelt. Diese Leitlinien stehen zudem in enger Verbindung mit der Strategie für eine feministische Entwicklungspolitik, die das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung entworfen hat.

Die hier vorgelegten Leitlinien zu einer feministischen Außenpolitik sind kein Wundermittel, das Veränderungen vom Himmel fallen lässt. Worauf es ankommt ist, dass wir feministische Außenpolitik in der Praxis umsetzen: Mit klaren Prinzipien, aber auch mit dem nötigen Pragmatismus, damit unsere Politik auch bei den Menschen ankommt. Deshalb gestalten wir feministische Außenpolitik vor allem in unserer täglichen Arbeit. Das gilt für Projekte und Initiativen, die wir an vielen Orten in aller Welt umsetzen, in Vorhaben zur Wasserversorgung im Niger genauso wie bei der Verhandlung von Grundsatzdokumenten der Vereinten Nationen in New York. Auch in meinen Gesprächen steht feministische Außenpolitik auf der Tagesordnung. Auf meinen Reisen erlebe ich, dass es zudem einen Unterschied macht, wie wir im Ausland auftreten. Wenn unsere Delegation selbstverständlich zu mindestens gleichen Teilen aus Frauen wie Männern besteht, wirkt das automatisch wie ein Spiegel und bringt unsere Gesprächspartner oft von selbst dazu zu erklären, warum dies auf der gegenüberliegenden Seite nicht so ist.

Diese Leitlinien, die wir erstmals formulieren, werden unser Handeln als Team des Auswärtigen Amtes im Sinne eines Mainstreamings durchziehen, in unserer nationalen Außenpolitik, in der Europäischen Union und in den internationalen Foren.

Zugleich wollen sie unsere innere Arbeitsweise prägen und uns helfen, einen „feministischen Reflex“ auszubilden.

Dabei stehen wir an einem Anfang. Vieles ist noch im Fluss und im Werden. Zur Umsetzung feministischer Außenpolitik werden wir neue Arbeitsweisen und Strukturen entwickeln. Mainstreaming wird eine Schlüsselrolle spielen. Dies soll in Zukunft eine Botschafterin des Auswärtigen Amtes für feministische Außenpolitik leisten. Wir werden hart daran arbeiten, unserem Auswärtigen Dienst ein weiblicheres Gesicht zu geben und den Anteil von Frauen in Führungsfunktionen erhöhen; erste Fortschritte haben wir geschafft. Wir werden auch unsere finanziellen Mittel systematischer in den Dienst feministischer Außenpolitik stellen. Unser Ziel ist, bis zum Ende der Legislaturperiode *Gender Budgeting* auf die gesamten Projektmittel anzuwenden und schrittweise auf den gesamten Haushalt auszuweiten. Konkret streben wir an, bis 2025 85% der Projektmittel gendersensibel und 8% gendertransformativ auszugeben, orientiert an den Kriterien der OECD.

Die Leitlinien sind Ergebnis eines intensiven Dialogprozesses. Weit über 100 Workshops und Gespräche mit Expert*innen aus Bundestag und Verwaltung, Think Tanks und Zivilgesellschaft, die wir seit März 2022 ausgerichtet haben, haben wertvolle Anstöße gegeben. Viele Kolleg*innen aus allen Laufbahnen des Auswärtigen Amtes haben sich in Berlin und an den Auslandsvertretungen mit Herzblut eingebracht. Ihnen allen gilt mein herzlicher Dank.

Feministische Außenpolitik machen wir, weil sie unseren Werten entspricht und im Interesse unseres Landes liegt. Wir machen sie auch für die vielen engagierten Frauen, die sich überall auf der Welt für Gleichstellung und Teilhabe, Gerechtigkeit und Frieden einsetzen. Denn nur wo Frauen und marginalisierte Gruppen sicher sind, sind alle sicher.



Bundesministerin des Auswärtigen

Inhalt

<i>Ziele feministischer Außenpolitik</i>	6
<i>Leitlinien feministischer Außenpolitik auf einen Blick</i>	11
<i>Leitlinien unseres außenpolitischen Handelns</i>	14
<i>Leitlinien für unsere Arbeitsweise im Auswärtigen Dienst</i>	35
<i>Instrumente feministischer Außenpolitik</i>	43
<i>Datenblatt: Frauen im Auswärtigen Amt</i>	49

Ziele feministischer Außenpolitik

Feministische Außenpolitik gründet auf der Überzeugung, dass alle Menschen die gleichen Rechte genießen und die gleichen Freiheiten und Möglichkeiten verdienen. Das ist eine fundamentale Frage der Gerechtigkeit. Feministische Außenpolitik fußt auch auf der Erkenntnis, dass Gesellschaften friedlicher und wohlhabender sind, wenn alle Menschen am politischen, sozialen und wirtschaftlichen Leben teilhaben können.

Feministische Außenpolitik zielt auf die Gleichstellung der Geschlechter weltweit. Sie will diese messbar voranbringen. Sie will gewährleisten, dass alle Menschen in allen Lebensbereichen in gleicher Weise repräsentiert sind. Sie will sicherstellen, dass alle den gleichen Zugang zu Ressourcen haben.

Es geht ihr darum, historisch gewachsene Machtstrukturen zu benennen, zu überwinden und so eine gerechte Teilhabe und Gleichstellung aller Menschen weltweit zu befördern. Dabei verfolgt sie einen transformativen und intersektionalen Ansatz. So setzen wir außenpolitisch fort, was wir in der Innenpolitik Gender-Mainstreaming nennen.

Wir wissen, dass Frieden und Sicherheit nachhaltiger sind, wenn sicherheitspolitische Entscheidungsprozesse inklusiv gestaltet werden. Stärkere Teilhabe von Frauen bringt größere Sicherheit.

Gleiches gilt für die wirtschaftliche Entwicklung. Das globale Wachstum, das allein mit einer gleichberechtigten Teilhabe von Frauen am weltweiten Arbeitsmarkt einhergehen würde, beziffern Ökonomen auf bis zu 26% in nur drei Jahren. Von der Bewältigung der Klimakrise bis zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 der Vereinten Nationen – die großen Aufgaben unserer Zeit lösen wir nur, wenn alle Menschen mitgestalten können.

Daraus folgt, dass wir uns weltweit für die Überwindung von Diskriminierung einsetzen und auf gleichberechtigte gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Teilhabe hinwirken. Dies begreifen wir als einen Kompass sowohl für unsere bilateralen Beziehungen zu anderen Staaten als auch für unser Handeln auf Ebene der Europäischen Union und in internationalen Organisationen.

Vielfalt zu fördern ist Ziel feministischer Außenpolitik. Sie begreift Diversität als Bereicherung, als Faktor für stabilen Frieden, gesellschaftliche Entwicklung und wirtschaftliche sowie ökologische Nachhaltigkeit. Deshalb setzt sie sich für marginalisierte Gruppen ein. Feministische Außenpolitik dient dabei allen Menschen, einschließlich derjenigen, die aufgrund von Geschlechtsidentität, Herkunft, Religion, Behinderung, sexueller Orientierung oder anderen Merkmalen marginalisiert werden, häufig in mehrfacher Weise.

Diese Überlegungen rückt feministische Außenpolitik stärker als bisher ins Zentrum unseres außenpolitischen Handelns. Das betrifft alle Aktionsfelder des Auswärtigen Amtes von Friedens- und Sicherheitspolitik, humanitärer Hilfe und dem Krisenengagement über Menschenrechts- und Klimaaußenpolitik bis hin zu Außenwirtschaftspolitik und Auswärtiger Kultur- und Gesellschaftspolitik.

Ziele feministischer Außenpolitik

Rechte

Wir setzen uns dafür ein, dass die Rechte von Frauen und Mädchen weltweit geschützt und gefördert werden. In vielen Staaten ist der Rechtsrahmen lückenhaft, obwohl sich inzwischen 189 Staaten mit der Ratifizierung des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) verpflichtet haben, rechtliche und faktische Gleichstellung zu fördern. 86 Staaten hindern Frauen zum Beispiel durch Gesetze daran, bestimmte Berufe auszuüben. 46 Staaten haben keine Gesetze, die Frauen vor sexueller Belästigung am Arbeitsplatz schützen. 42 Staaten sehen keinen gesetzlichen Kündigungsschutz für Schwangere vor. Laut einer Studie von UN Women leben 600 Millionen Frauen in Staaten, die häusliche Gewalt nicht unter Strafe stellen. Auch in Deutschland besteht noch Handlungsbedarf, etwa was die Absicherung des Rechts auf Schutz vor Gewalt von Frauen und vulnerablen Gruppen angeht.

Repräsentanz

Wir setzen uns für gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in allen Gesellschaftsbereichen ein und stärken die Repräsentanz von Frauen und marginalisierten Gruppen in der Außenpolitik. Fast überall sind Frauen und marginalisierte Gruppen in politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen unterrepräsentiert. Das gilt weltweit und auch in Deutschland – etwa im Deutschen Bundestag. Mit einem Frauenanteil von 35% liegt Deutschland im globalen Vergleich auf Platz 44. Platz 1 nimmt Ruanda mit aktuell 61% ein. Auch das Auswärtige Amt hat Nachholbedarf bei der Repräsentanz von Frauen, auch wenn sich diese kontinuierlich erhöht. Lediglich 27% der Auslandsvertretungen werden aktuell von Frauen geleitet.

Ressourcen

Wir treten dafür ein, dass Frauen und marginalisierte Gruppen den gleichen Zugang zu Ressourcen haben – von finanziellen, personellen und natürlichen Ressourcen bis hin zu immateriellen Ressourcen wie Bildung und Netzwerken. Fehlender Zugang ist eine der wichtigsten Ursachen für Armut und Marginalisierung. In zahlreichen Ländern haben Frauen und marginalisierte Gruppen zum Beispiel keinen gleichberechtigten Zugang zum Arbeitsmarkt. Jeder Haushalt, jede Außenwirtschaftsförderung und jedes Klimapaket hat geschlechtsspezifische Auswirkungen. Wir wollen diesen Auswirkungen auch Rechnung tragen, indem wir erstmals Gender Budgeting im Auswärtigen Amt einführen. Ziel ist, bis zum Ende der Legislaturperiode **Gender Budgeting** auf die gesamten Projektmittel des Auswärtigen Amts anzuwenden und schrittweise auf den gesamten Haushalt des Ministeriums auszuweiten. Wir streben an, bis 2025 85% der Projektmittel gendersensibel (GG1-angelehnt nach den DAC-Kategorien der OECD) und 8% gendertransformativ (GG2-angelehnt) auszugeben.

Prinzipienfestigkeit und Pragmatismus verbinden

Feministische Außenpolitik hält keine Zauberformel bereit, mit der sich unmittelbare Bedrohungen bewältigen lassen. Russlands Krieg gegen die Ukraine zeigt, dass im Angesicht brutaler Gewalt Menschenleben auch mit militärischen Mitteln geschützt werden müssen. Deshalb ist feministische Außenpolitik nicht gleichbedeutend mit Pazifismus. Sie ist der humanitären Tradition verpflichtet, aus der sich klassische Friedenspolitik und Rüstungskontrolle speisen. Dabei erkennt sie außenpolitische Realitäten an und stellt sich den daraus erwachsenden Dilemmata. Sie hat sowohl Werte als auch Interessen deutscher Außenpolitik im Blick.

Feministische Außenpolitik, wie wir sie begreifen, setzt sowohl auf Prinzipienfestigkeit als auch auf Pragmatismus. Sie stellt sich der Verantwortung, abzuwägen und im größeren Kontext unserer Außen- und Sicherheitspolitik zu entscheiden. Sie rückt dabei Geschlechtergerechtigkeit und menschliche Sicherheit stärker ins Zentrum außenpolitischen Handelns. Das macht sie zu einem essentiellen Teil wertegeleiteter Außenpolitik.

Partnerstaaten weltweit – darunter Chile, Frankreich, Kanada, Luxemburg, Mexiko, die Niederlande oder Spanien – betreiben und unterstützen feministische Außenpolitik auf unterschiedliche Art und Weise. Andere teilen viele Ansätze unserer Politik, aber stören sich an der Begrifflichkeit. Wir respektieren diese Haltung und suchen mit unseren Partnern einen Dialog auf Grundlage der Prinzipien der VN-Charta. Dazu gehört auch, dass wir den Dialog mit der Zivilgesellschaft in diesen Staaten verstärken.

Einen „feministischen Reflex“ ausbilden

Die Leitlinien, die wir hier erstmals formulieren, werden unser Handeln als Auswärtiger Dienst im Sinne eines „Mainstreaming“ durchziehen, in unserer nationalen Außenpolitik, unserer Europapolitik, unserer Arbeit in den Vereinten Nationen und anderen internationalen Foren. Das bedeutet, dass wir die „drei Rs“ (Rechte, Repräsentanz, Ressourcen) in unserem außenpolitischen Handeln mitdenken. Zugleich wollen wir so unsere innere Arbeitsweise prägen und zu einem Kulturwandel beitragen. Auf allen Handlungsfeldern werden sie uns helfen, einen „feministischen Reflex“ auszubilden.

Die Leitlinien des Auswärtigen Amtes sind als lebendiges Dokument angelegt. Sie sind offen für Ideen und Veränderung, für Kritik und Korrektur. Sie sind mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung abgestimmt und verstehen sich als komplementär zu dessen Strategie feministischer Entwicklungszusammenarbeit. Bei ihrer Umsetzung wollen wir partnerschaftlich und inhaltlich kohärent mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, dem Bundesministerium der Verteidigung und den anderen Ressorts der Bundesregierung zusammenarbeiten, insbesondere wo deren Zuständigkeitsbereiche berührt sind. Wir wollen uns eng mit unseren internationalen Partner*innen und Vertreter*innen der Zivilgesellschaft abstimmen.

Auf europäischer Ebene werden wir die Leitlinien zum Anlass nehmen, einen Austausch im Kreis der Außenminister*innen der Europäischen Union zu einer feministisch ausgerichteten Außen- und Sicherheitspolitik zu starten. Einige Länder haben die Initiative ja schon vor uns ergriffen. Auch wenn dazu in Brüssel bisher kein Konsens besteht, wollen wir die Grundlagen für eine europäische Außenpolitik legen, die die Belange von Frauen stärker ins Zentrum stellt und alle Menschen in unsere Außenpolitik einbezieht. Ein entsprechendes Ideenpapier werden wir in einem der nächsten Außenräte zur Diskussion stellen.

*Leitlinien
feministischer
Außenpolitik auf
einen Blick*

Leitlinien unseres außenpolitischen Handelns

Leitlinie 1

Wir integrieren die Perspektiven von Frauen und marginalisierten Gruppen in unsere weltweite Arbeit für Frieden und Sicherheit. Die Agenda „Frauen, Frieden und Sicherheit“ setzen wir um und entwickeln wir weiter. Wir engagieren uns für eine größere Teilhabe von Frauen und marginalisierten Gruppen in inklusiven Friedensprozessen. Wir kämpfen gegen sexualisierte und geschlechtsspezifische Gewalt in bewaffneten Konflikten. Wir stärken die humanitäre Rüstungskontrolle und treten für eine sichere Welt ohne Atomwaffen ein.

Leitlinie 2

Unser Ziel ist es, unsere humanitäre Hilfe zu 100% mindestens gendersensibel und, wo immer angezeigt, gender-targeted umzusetzen. Bei Maßnahmen der Krisenprävention, Stabilisierung und Friedensförderung beziehen wir Frauen und marginalisierte Menschen systematisch ein, berücksichtigen geschlechtsspezifische Risiken und intersektionale Vulnerabilitäten. Wir nutzen unser Krisenengagement, um Fortschritte hin zu gendergerechteren Gesellschaften zu erzielen. Im Zuge eines regelmäßigen Monitorings überprüfen wir die Verwendung der eingesetzten Mittel.

Leitlinie 3

Wir thematisieren aktiv, wo die Rechte von Frauen und marginalisierter Menschen nicht konsequent umgesetzt sind. Einem antifeministischen Push-back stellen wir uns entgegen. Gerade bei sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechten, sexueller Selbstbestimmung und der Überwindung weiblicher Genitalverstümmelung gibt es Rechtslücken, daher hat dies für uns Priorität. Bei der Bekämpfung von Gewalt gegen und Diskriminierung von LSBTIQ gehen wir voran.*

Leitlinie 4

*Wir erkennen durch die Klimakrise verstärkte Ungleichheiten und Vulnerabilitäten an und wirken ihnen mit unserer Klima- und Energieaußenpolitik entgegen. Frauen und diverse gesellschaftliche Gruppen sind wichtige Akteur*innen und Führungspersonen unserer Klima- und Energiediplomatie. Wir helfen, die spezifischen Auswirkungen der Klimakrise auf Frauen und marginalisierte Gruppen auszugleichen.*

Leitlinie 5

Wir bilden Netzwerke in der internationalen Wirtschaftspolitik und fördern die Teilhabe von Frauen und Angehöriger marginalisierter Gruppen in Wirtschaftsprozessen. Wir arbeiten auf internationale Standards hin, um zu einer fairen und sicheren digitalen Welt beizutragen und den Einsatz von Künstlicher Intelligenz gendergerecht und diskriminierungsfrei auszugestalten.

Leitlinie 6

Wir fördern gleichberechtigte Repräsentanz und Teilhabe von Frauen und marginalisierten Menschen in der Gesellschaft. Wir setzen uns für eine bessere Sichtbarkeit marginalisierter Menschen in Kunst und Kultur, Forschung und Wissenschaft, Bildung und Medien ein. Gefährdeten Personengruppen bieten wir Schutz.

Leitlinien für unsere Arbeitsweise im Auswärtigen Dienst

Leitlinie 7

Wir arbeiten für Gleichstellung, Diversität und Inklusion im Auswärtigen Dienst. Unsere internen Strukturen und Prozesse evaluieren wir laufend und passen sie bei Bedarf an. Wir tragen innerhalb der Bundesregierung zur Weiterentwicklung von Diversität und Partizipation bei. Wir erhöhen stetig den Anteil von Frauen in Führungspositionen. Angehörige unseres Dienstes unterstützen wir in individuellen Biographien. Unsere Personalplanung berücksichtigt die Bedürfnisse unserer Mitarbeitenden.

Leitlinie 8

Wir stellen Chancengleichheit und ein diskriminierungsfreies Arbeitsumfeld sicher. Wir ermöglichen flexibles Arbeiten und gewährleisten, dass sich Teilzeit oder Elternzeit nicht nachteilig auf den Karriereverlauf auswirken. Wir zeigen Null Toleranz bei sexueller Belästigung und Sexismus. Sie haben keinen Platz im Auswärtigen Dienst. Betroffene erhalten von uns jede notwendige Unterstützung. Wir setzen konsequent auf Intervention und Prävention.

Leitlinie 9

*Wir fördern Vielfalt in den eigenen Reihen. Diverse Teams verstehen wir als Bereicherung für unsere Arbeit. Wir richten mehr Stellen im Inland ein, die nicht der Rotation unterliegen, und sichern damit nachhaltig Fachexpertise. Wir schulen in Aus- und Fortbildung die Gender- und Diversitätskompetenz unserer Kolleg*innen, insbesondere der Führungskräfte.*

Leitlinie 10

*Wir ermutigen Austausch und Vernetzung. Wir entwickeln die feministische Außenpolitik im Dialog mit Zivilgesellschaft, Bürger*innen und internationalen Partner*innen weiter.*

*Leitlinien unseres
außenpolitischen
Handelns*

Feministische Außenpolitik hebt unseren weltweiten Einsatz für die Gleichstellung von Frauen und marginalisierten Gruppen auf eine neue Stufe und rückt ihn ins Zentrum unsers außenpolitischen Handelns. Das betrifft alle Aktionsfelder von Friedens- und Sicherheitspolitik, humanitärer Hilfe und dem Krisenengagement über Menschenrechts- und Klimaaußenpolitik bis hin zu Außenwirtschaftspolitik und Auswärtiger Kultur- und Gesellschaftspolitik. Ein „feministischer Reflex“ soll sich in Zukunft im gesamten Spektrum unseres außenpolitischen Handelns niederschlagen. Die folgenden Leitlinien konkretisieren dies. Sie sind nicht abschließend formuliert, sondern als „work in progress“.

Leitlinie 1

FRIEDENS- UND SICHERHEITSPOLITIK

Wir integrieren die Perspektiven von Frauen und marginalisierten Gruppen in unsere weltweite Arbeit für Frieden und Sicherheit. Die Agenda „Frauen, Frieden und Sicherheit“ setzen wir um und entwickeln wir weiter. Wir engagieren uns für eine größere Teilhabe von Frauen und marginalisierten Gruppen in inklusiven Friedensprozessen. Wir kämpfen gegen sexualisierte und geschlechtsspezifische Gewalt in bewaffneten Konflikten. Wir stärken die humanitäre Rüstungskontrolle und treten für eine sichere Welt ohne Atomwaffen ein.

Gesellschaften sind friedlicher und stabiler, wenn Frauen vollumfänglich teilhaben und Geschlechtergerechtigkeit gefördert wird. Daran knüpft unsere Arbeit im Rahmen der Agenda „Frauen, Frieden und Sicherheit“ („Women, Peace and Security“, WPS), aufbauend auf der Sicherheitsratsresolution 1325 aus dem Jahr 2000 an. Die Agenda zielt auf die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Mädchen in Friedensprozessen und ihren Schutz in bewaffneten Konflikten.

Die WPS-Agenda umzusetzen und zu stärken ist eine Priorität unseres multilateralen Engagements. Als Mitglied im VN-Sicherheitsrat haben wir 2019 Resolution 2467 durchgesetzt, die u.a. die Rechte von Überlebenden konfliktbezogener sexualisierter Gewalt stärkt. 2022 haben wir die WPS-Agenda im strategischen Konzept der NATO verankert. Im Forum für Sicherheitskooperation der OSZE nehmen wir die Rolle des Koordinators zur WPS-Agenda wahr. In Krisenregionen tragen unsere Auslandsvertretungen durch ihre Zusammenarbeit mit Friedensaktivist*innen und Mediator*innen zur Umsetzung der WPS-Agenda bei. Sie bildet das Fundament feministischer Außenpolitik im Bereich Frieden und Sicherheit. Wir machen sie zu einer Priorität unserer Kandidatur für einen nichtständigen Sitz im VN-Sicherheitsrat 2027/28. Auf europäischer Ebene setzen wir uns für eine stärkere Verankerung der WPS-Agenda in Missionen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik und für ihre Berücksichtigung auch in militärischen Ertüchtigungsmaßnahmen im Rahmen der *European Peace Facility* ein.

1.1 Wir engagieren uns für Teilhabe von Frauen und marginalisierten Gruppen in Friedensprozessen.

Studien, etwa zu den Friedensprozessen in Ruanda und Nordirland belegen, dass die Beteiligung von Frauen am Verhandlungsprozess die Chancen auf einen nachhaltigen Frieden steigert. Zwischen 1992 und 2019 waren jedoch nur durchschnittlich 13% der Verhandlungsführenden weiblich. Diese geringe Teilhabe an formellen Friedensprozessen steht zudem im eklatanten Gegensatz zur überlebenswichtigen Arbeit, die Frauen in bewaffneten Konflikten weltweit leisten. Sie verhandeln mit Milizen und schaffen geschützte Räume, um ihre Gemeinschaften vor Übergriffen zu bewahren. Sie setzen sich für humanitäre Korridore ein, um die Lebensmittelversorgung zu gewährleisten – oft lange, bevor Hilfsorganisationen eintreffen.

Feministische Außenpolitik versteht sich deshalb als transformativ. Sie engagiert sich dafür, dass die Rolle von Frauen in Friedensprozessen gestärkt wird und diese inklusiv gestaltet werden.

Unsere Ansätze und ausgewählte Projekte

- **Peacebuilding Commission:** Wir sind größter Geber des *Peacebuilding Funds*, einem Fonds der Vereinten Nationen für Krisenprävention und Friedensförderung. Als Mitglied der *Peacebuilding Commission*, die den Fonds verwaltet, setzen wir uns systematisch für die Teilhabe von Frauen in Friedensverhandlungen weltweit ein. Die *Peacebuilding Commission* verfügt bereits über eine eigene Genderstrategie.
- **Sicherheitsarchitektur in Afrika:** Wir unterstützen die Afrikanische Union dabei, im Rahmen der Afrikanischen Friedens- und Sicherheitsarchitektur ein Mediatorinnen-Netzwerk aufzubauen. Mit unseren Projekten fördern wir die Ausbildung und Beratung der Mediatorinnen. Seit 2018 hat sich die Zahl ihrer Einsätze vervierfacht. Auch unsere Förderung des *African Women Leaders Network* legt hier wichtige Fundamente.
- **Friedensprozess in Irak:** Mit unseren Projekten helfen wir Kapazitäten aufzubauen, die Frauen eine Teilhabe am Friedensprozess und am Wiederaufbau ermöglichen. Wir fördern öffentlichkeitswirksame Kampagnen, um Genderstereotype abzubauen und Gewalt gegen Frauen entgegenzuwirken.
- **Projektarbeit in Südsudan:** Hier leisten wir Unterstützung für konflikt-betroffene vulnerable Gruppen. Unser Projekt bindet Frauen und Mädchen systematisch ein und zielt darauf ab, strukturelle Ungleichheiten abzubauen.

*Auf Initiative des Auswärtigen Amts wurde im Juli 2022 in Jemen die **Women's Advisory Group** für internationale Hilfsmaßnahmen gegründet. Dabei haben sich jemenitische Frauen aus allen Teilen des Landes zusammengeschlossen, mit aktuell 131 Mitgliedern. Die Gruppe tritt nach außen als Stimme der jemenitischen Frauen auf, führt Dialoge und informiert Frauen über humanitäre, Stabilisierungs- und Entwicklungsprojekte im Land. Mariam Al-Doghani ist Mitglied der Gruppe und erzählt:*

„Die Frauen in der Gruppe haben alle ähnliche Erfahrungen. Das erhellt meine Sicht, weil ich jetzt weiß, wie Frauen leiden und weil ich weiß, wie ich meine Stimme und meine Gedanken ausdrücken kann, ohne Angst zu haben. Die Gruppe hilft mir, mich sicher zu fühlen, da es Menschen gibt, die sich um mich und meine Sorgen kümmern. Ich bin nicht alleine. So bin ich in der Lage, mein Leben und das Leben verletzlicher Frauen, deren Stimme ich sein möchte, zu verändern. Wir danken unseren deutschen Freunden, dass sie den Stimmen der jemenitischen Frauen Gehör verschaffen.“

1.2 Wir kämpfen gegen sexualisierte und geschlechtsspezifische Gewalt in bewaffneten Konflikten. Wir unterstützen die Überlebenden von Gewaltverbrechen und ziehen die Täter zur Verantwortung.

Vergewaltigungen, sexuelle Versklavung und andere grausame geschlechtsspezifische Verbrechen gehören zur Realität vieler bewaffneter Konflikte. Oft sind sie nicht nur Begleiterscheinungen, sondern brutaler Teil der strategischen Kriegsführung. Betroffen sind besonders häufig Frauen und Mädchen, aber auch Männer und Jungen bzw. gezielt auch LSBTIQ*-Personen. Allein während des Völkermords in Ruanda 1994 wurden bis zu einer halben Million Frauen und Kinder vergewaltigt; in Bosnien und Herzegowina waren es in den 1990er Jahren mehr als 20.000. Auch in Syrien, Irak oder Südsudan haben wir sexualisierte und geschlechtsbezogene Gewalt als Teil der Kriegsführung gesehen. Systematische sexualisierte Gewalt zerstört soziale Gefüge und erschwert Versöhnung.

Unsere Ansätze und ausgewählte Projekte

- **Sexualisierte Gewalt ächten und ahnden:** Auf Ebene der EU verfolgen wir eine Initiative, mit der Verantwortliche für konfliktbezogene sexualisierte Gewalt identifiziert, benannt und auf Grundlage des EU-Menschenrechtssanktionsregime mit Sanktionen belegt werden. Wir wollen so mit einem starken Signal zur weltweiten Ächtung dieser Verbrechen beitragen.
- **Überlebende unterstützen:** Den Überlebenden sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt leisten wir Hilfe – weltweit. 2022 haben wir die Arbeit des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz hierzu mit Sonderleistungen in Höhe von 11,5 Mio. EUR unterstützt. Mit diesem Engagement sind wir nunmehr der größte Geber. Wir fördern zudem ein Überlebenden-Netzwerk („SEMA“), das Gewalttaten in der Region Donbas öffentlich macht und Überlebenden Hilfe leistet.
- **Verantwortliche ermitteln:** Die Bekämpfung von Straflosigkeit für verübte Verbrechen ist ein zentraler Bestandteil von Prävention. In der Ukraine fördern wir beispielsweise seit 2022 die *UN Human Rights Monitoring Mission in Ukraine* mit 1,5 Mio. EUR für den Kampf gegen sexualisierte und geschlechtsspezifische Gewalt.

- **VN-Arbeit stärken:** Im Sudan haben wir 2022 beispielsweise die Leitung des internationalen Teams von Polizist*innen der VN-Mission UNITAMS übernommen, die die sudanesischen Behörden bei der Bekämpfung sexualisierter Gewalt unterstützt.
- **Eklatante Fälle in Afghanistan aufgreifen:** 2023 unterstützen wir die Initiative „Back to Life“ der Organisation HAWAR.help. Sie richtet Schutzhäuser für Frauen und marginalisierte Gruppen ein. Demselben Zweck dient unsere Unterstützung von UN Women in Afghanistan im Jahr 2023.

Feministische Außenpolitik in der Praxis:

Die Täter zur Verantwortung ziehen – konfliktbasierte sexualisierte Gewalt in der Ukraine

*Auch wenn es oft sehr schwierig ist, die Täter*innen konfliktbezogener sexualisierter Gewalt zu ermitteln und zur Verantwortung zu ziehen, verfolgt der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) Formen geschlechtsspezifischer Gewalt. Dazu zählen die als Verbrechen gegen die Menschlichkeit und als Kriegsverbrechen qualifizierten Straftatbestände Vergewaltigung, sexuelle Sklaverei, Nötigung zur Prostitution, erzwungene Schwangerschaft und Zwangssterilisation. Einbezogen ist auch jede andere Form sexualisierter Gewalt von vergleichbarer Schwere, sofern entsprechende Handlungen im Rahmen eines ausgedehnten oder systematischen Angriffs gegen die Zivilbevölkerung und in Kenntnis des Angriffs begangen werden. Das Beispiel Ukraine verdeutlicht das konsequente Engagement Deutschlands bei der Verfolgung der Täter*innen.*

- *Im März 2022 leitete der Chefankläger des IStGH förmliche Untersuchungen mutmaßlicher Kriegsverbrechen in der Ukraine ein. Dieser Schritt erfolgte auf Initiative Deutschlands, die von über 40 Vertragsstaaten unterstützt wurde.*
- *Wir unterstützen die ukrainischen Behörden bei der Dokumentation und Aufklärung konfliktbezogener sexualisierter Gewaltverbrechen. Geliefert wurden z.B. DNA-Analysegeräte und weitere Ausstattung im Bereich der Forensik.*
- *Die Bundesregierung fördert das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte. Es dokumentiert schwere Verstöße gegen humanitäres Völkerrecht und Menschenrechte, etwa den Einsatz konfliktbezogener sexualisierter Gewalt als Kriegswaffe.*
- *Weitere Unterstützung erhalten die UN Human Rights Monitoring Mission in Ukraine sowie der Multi-Partner-Trust Fund des Expertenteams der Sonderbeauftragten des VN-Generalsekretärs zu sexueller Gewalt in Konflikten, Pramila Patten.*

1.3 Wir stärken gendersensible Ansätze in der Rüstungskontrolle und Rüstungsexportkontrolle. Wir fördern die Teilhabe von Frauen in diesen Bereichen. Wir stärken die humanitäre Rüstungskontrolle und treten für eine sichere Welt ohne Atomwaffen ein.

Feministische und humanitäre Bewegungen haben eine prägende Rolle in der Entwicklung rüstungskontrollpolitischer Normen und Konventionen gespielt. Feministische Außenpolitik ist dieser Tradition verpflichtet. Sie zielt auf Rüstungskontrolle und Abrüstung. Menschliche Sicherheit und der Schutz der Zivilbevölkerung, gerade der vulnerabelsten Gruppen, vor unterschiedslos wirkender Gewalt und der Schutz aller Menschen vor inhumanen Waffensystemen gehören zu ihren zentralen Anliegen.

Frauen, Kinder, ältere Menschen und generell Zivilist*innen können in besonderem Maße von Kleinwaffen, Landminen, Streumunition und Massenvernichtungswaffen betroffen sein – während, nach und teilweise auch außerhalb militärischer Kampfhandlungen. Frauen und Mädchen tragen etwa ein signifikant höheres Lebenszeitrisiko, durch die radiologische Strahlung einer atomaren Detonation an Krebs zu erkranken. Eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an rüstungskontrollpolitischen Prozessen ist nicht annähernd hergestellt.

Feministische Außenpolitik macht sich deshalb für gendersensible Ansätze in der Rüstungskontrolle und Rüstungsexportkontrolle stark. Sie setzt sich dafür ein, Frauen und weitere Betroffene von Waffengewalt stärker in nationale, europäische und internationale rüstungskontrollpolitische Prozesse einzubinden. Sie fördert die Forschung zu den geschlechtsspezifischen Auswirkungen von Waffensystemen, insbesondere Atomwaffen. Sie tritt für die Stärkung der humanitären Rüstungskontrolle ein.

Unsere Ansätze und ausgewählte Projekte

- **Gendersensible Projektarbeit in der Rüstungskontrolle:** Wir fordern von unseren Projektpartner*innen im Bereich der Kleinwaffenkontrolle, in ihren Anträgen ausführlich auf Genderaspekte einzugehen und darzulegen, wie sie mit den vorgeschlagenen Projektaktivitäten zur Umsetzung der WPS-Agenda beitragen. Wir erwarten von unseren Partner*innen bei Projektaktivitäten einen Frauenanteil von mindestens 30%.
- **Genderspezifische Analyse:** Wir verbessern die Datengrundlage für gendersensible Kleinwaffenkontrolle über ein von uns gefördertes Projekt der NGO „Small Arms Survey“. Das von uns gegründete überregionale „Netzwerk für gleichberechtigte Kleinwaffenkontrolle“ stärkt durch Forschungsaktivitäten und Austausch die Expertise seiner Mitglieder.
- **Gendersensible Exportkontrolle:** Bei allen Entscheidungen über Rüstungsexportanträge berücksichtigen wir nach den Vorgaben aus dem Vertrag über den Waffenhandel auch das Risiko der Verwendung zu schwerwiegenden Handlungen sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt oder Gewalt gegen Frauen und Mädchen. Dieses Prüfkriterium wollen wir zudem im geplanten Rüstungsexportkontrollgesetz verankern.

- **Stärkung der humanitären Rüstungskontrolle:** Wir haben für 2023 den Vorsitz im Übereinkommen über das Verbot von Antipersonenminen übernommen, um Fortschritte in der Implementierung und Universalisierung dieser Konvention zu erzielen. Wir wenden uns gegen die Straflosigkeit beim Einsatz von biologischen Kampfstoffen und Chemiewaffen und setzen unser Engagement gegen Streumunition und den Einsatz von Explosivwaffen in dicht besiedelten Gebieten fort. Wir unterstützen Bestrebungen zur Anerkennung und Entschädigung der Opfer von Atomtests.

Leitlinie 2

HUMANITÄRE HILFE UND KRISENENGAGEMENT

Unser Ziel ist es, unsere humanitäre Hilfe zu 100% mindestens gendersensibel und, wo immer angezeigt, gender-targeted umzusetzen. Bei Maßnahmen der Krisenprävention, Stabilisierung und Friedensförderung beziehen wir Frauen und marginalisierte Menschen systematisch ein, berücksichtigen geschlechtsspezifische Risiken und intersektionale Vulnerabilitäten. Wir nutzen unser Krisenengagement, um Fortschritte hin zu genderechteren Gesellschaften zu erzielen. Im Zuge eines regelmäßigen Monitorings überprüfen wir die Verwendung der eingesetzten Mittel.

Die humanitäre Hilfe und das Krisenengagement gehören zu den Grundfesten unserer Außenpolitik und sind international hoch anerkannt. Dabei wirken sich unsere Instrumente unterschiedlich auf die Bevölkerungsgruppen aus. Ob Jemen, Südsudan oder in anderen Krisenkontexten: Wir berücksichtigen die spezifischen Bedürfnisse von Frauen und Mädchen mitunter noch nicht so umfangreich, wie es notwendig wäre, etwa in der Gesundheitsversorgung. Im Sinne einer feministischen Außenpolitik muss dies schon bei der Planung und Verausgabung der Mittel sowie bei der Projektdurchführung berücksichtigt werden. Dem dient das Instrument des Gender Budgeting.

2.1 Unsere humanitäre Hilfe nimmt die besonderen Bedürfnisse von Frauen und marginalisierten Gruppen in den Blick.

Mit unserer humanitären Hilfe unterstützen wir Menschen, die sich aufgrund von Krisen, bewaffneten Konflikten oder Naturereignissen in einer akuten Notlage befinden und diese aus eigener Kraft nicht bewältigen können. Mit knapp 3,2 Mrd. EUR waren wir 2022 der zweitgrößte Geber weltweit. Damit helfen wir, menschliches Leid zu lindern. Wir wollen dazu beitragen, Benachteiligungen für Frauen und marginalisierte Gruppen zu verhindern. Häufig verstärken humanitäre Notlagen bereits bestehende strukturelle Diskriminierungen und geschlechtsspezifische Verletzlichkeiten. Wir werden unsere humanitären Projekte systematisch auf den Bedarf von Frauen und marginalisierten Gruppen abstimmen.

Unsere Ansätze und ausgewählte Projekte

- **Genderstrategie für humanitäre Hilfe:** Wir werden darlegen, wie wir geschlechtsspezifische Faktoren systematisch bei humanitären Hilfeleistungen adressieren. Ein konsequent gendersensibler Ansatz und eine gezielte Förderung bestimmter Bereiche wie der Kampf gegen sexualisierte und geschlechtsspezifische Gewalt in der humanitären Hilfe („gender-targeted“) kann langfristig zur Transformation hin zu gendergerechteren Gesellschaften beitragen.
- **Gendersensible Steuerung:** Wir nutzen einen *Gender-Age-Disability Marker*, um die Gendersensibilität unserer humanitären Hilfe sicherzustellen. Dieses Bewertungs- und Steuerungsinstrument verwenden wir bei der Prüfung von Förderanträgen. Es ermöglicht, den geschlechtsspezifischen Bedarf wie auch den Bedarf älterer Menschen und Menschen mit Behinderungen zu berücksichtigen. Wir beugen auf diese Weise Mehrfachdiskriminierungen vor und richten unsere humanitäre Hilfe intersektional aus. Unser Ziel ist, dass alle von uns geförderten Projekte geschlechtsspezifische Bedarfe adressieren.
- **Gender im humanitären System strukturell stärken:** Über ein Pilotprojekt mit UN Women entsenden wir Gender-Expert*innen, die zur gendersensiblen Planung und Umsetzung von humanitären Projekten beraten. Wir wollen den gendersensiblen Ansatz auf diese Weise im humanitären System stärken.
- **Menstruationshygiene für geflüchtete Frauen:** In Bangladesch unterstützen wir Frauen und Mädchen der Rohingya in Flüchtlingscamps mit Dienstleistungen zur sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Menstruationshygiene. Mit Maßnahmen zur Prävention sexualisierter Gewalt tragen wir zur Sicherheit aller Flüchtlinge in den Camps bei.
- **Medizinische Betreuung:** Seit 2022 ermöglichen wir beispielsweise in Äthiopien und Somalia mit 15 Mio. EUR ein UNICEF-Projekt, mit dem überlebenden Opfern von sexualisierter Gewalt geholfen wird. Konkret fördern wir acht lokale Frauenorganisationen, die psychosoziale Dienstleistungen und medizinische Hilfe anbieten.

In den Bezirken Dang, Rolpa und Bardiya im Süden Nepals förderten wir 2022 ein Projekt der nepalesischen NGO Nagarik Aawaz. Die Organisation betreut u.a. Überlebende von sexualisierter Gewalt bei der Verarbeitung von Traumata. Gita Holi ist psychosoziale Beraterin. Sie erzählt:

„Ich unterstütze viele Frauen, die den Bürgerkrieg in Nepal überlebt haben. Eine meiner Patientinnen wurde von Soldaten entführt und in der Kaserne fast jede Nacht vergewaltigt. Sie war erst 14 Jahre alt. Als sie nach mehr als einem Jahr freikam, fühlte sie sich weiterhin wie im Gefängnis. Ihre Familie und die Menschen in ihrem Dorf mieden sie. Sie konnte nicht sprechen, weinte alleine in ihrer Hütte und nahm Schmerztabletten. Erst durch dieses Projekt der Organisation Nagarik Aawaz erhielt sie psychologische Betreuung. Durch unsere Beratung begann sie sich zu verstehen, sich wieder zu lieben. Sie nahm nach und nach am gesellschaftlichen Leben teil, traf sich regelmäßig in von uns gebotenen sicheren Räumen mit Frauen, die ähnliches Leid wie sie erfahren haben. Jetzt hat sie die Initiative ergriffen und vertritt ihre Belange und die von vielen anderen Frauen öffentlich.“

2.2 Bei Maßnahmen der Krisenprävention, Stabilisierung und Friedensförderung beziehen wir Frauen und marginalisierte Gruppen systematisch ein und berücksichtigen geschlechtsspezifische Risiken. Wir wollen Fortschritte zu genderechteren Gesellschaften erzielen und unser internationales Krisenengagement gendertransformativ gestalten.

Mit einem Haushaltsansatz von 565 Mio. EUR für 2023 finanzieren wir Maßnahmen, um bewaffnete Konflikte zu verhindern, in ausgebrochenen Krisen Gewalt einzudämmen und um politische und gesellschaftliche Aushandlungsprozesse zu fördern. Die Belange von Frauen integrieren wir systematisch in die Planung, Steuerung und Projektarbeit. Der Marginalisierung und Diskriminierung von Gruppen und Einzelpersonen wirken wir aktiv entgegen. Hiermit wollen wir gendertransformative Effekte erzielen und einen Beitrag zu genderechteren Gesellschaften leisten.

Unsere Ansätze und ausgewählte Projekte

- **VN-Programme stärken:** Deutschland ist bereits heute der größte Geber des *Women's, Peace and Humanitarian Fund* der Vereinten Nationen. 2022 belief sich der Beitrag des Auswärtigen Amts auf 14,3 Mio. EUR, hinzu kamen Beiträge des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Der Fonds fördert den Aufbau und die Vernetzung frauengeführter Zivilgesellschaftsorganisationen und Mediatorinnen und deren Beteiligung an der Krisenprävention und an Friedensverhandlungen.
- **Genderexpert*innen schulen und in den Einsatz bringen:** Das vom Auswärtigen Amt finanzierte Zentrum für Internationale Friedenseinsätze legt in der Ausbildung und Einsatzvorbereitung der deutschen Sekundierten einen Schwerpunkt auf gendertransformative Ansätze. Es erweitert seinen Expert*innenpool um Gender Officer, von denen einige bereits im Einsatz sind. Der Frauenanteil der Sekundierten beträgt derzeit 43%. Unser Ziel ist die Parität, insbesondere in Führungspositionen.
- **Umfassend gendertransformativ agieren:** Genderanalysen und -indikatoren spielen in der Krisenfrüherkennung und unserer strategischen Vorausschau eine wichtige Rolle. Auch für die Evaluierung von Projekten, Programmen und Strategien wollen wir sie nutzen. In der Programmplanung richten wir stärkeres Augenmerk auf geschlechtsspezifische Risiken wie sexualisierte Gewalt. Frauen und LSBTIQ*-Personen nehmen an der Planung, Durchführung und Nachhaltung von Maßnahmen auf allen Ebenen teil. Frauenorganisationen und zivilgesellschaftliche Zusammenschlüsse marginalisierter Gruppen fördern wir. Besonders gefährdete Gruppen wie Menschenrechts-, Frauenrechts- und Friedensaktivist*innen sowie LSBTIQ*-Personen werden wir, wo immer möglich, schützen.
- **HeForShe:** Wir wollen bei der Förderung von Gleichstellung gezielt auch Männer in unsere Projektarbeit einbeziehen und unterstützen, beispielsweise auch durch die Förderung von Projekten von UN Women Deutschland e.V. und die weltweite Kampagne „HeForShe“, um die gendertransformative Zielsetzung unserer Programme besser zu verwirklichen. Gleichzeitig berücksichtigen wir Risiken, denen Männer und Jungen ausgesetzt sind. Hierzu zählen Zwangsrekrutierungen und höhere Risiken, bei Kampfhandlungen zu sterben, verletzt oder inhaftiert zu werden.

Das Auswärtige Amt fördert seit 2022 das Projekt „Her Turn“ der taz Panter Stiftung in Kerbela, Irak. Ziel des Projekts ist die Fortbildung und Vernetzung irakischer Journalist*innen. Hiba Elmajid ist eine von ihnen. Die Journalistin erzählt von ihrer Arbeit:

„Journalistinnen sind im Irak von Mord, Schikane, Erpressung und Verleumdung bedroht. Gesetze werden nicht umgesetzt. Es gibt Institutionen, die im Irak für den Schutz der Pressefreiheit zuständig sind, doch in der Alltagsrealität gibt es keinen Schutz. Das führt dazu, dass Frauen sich vom Journalismus abwenden. Das wollen wir verhindern. Wir wollen Frauen ermutigen, Journalistinnen zu werden. Bei meiner Teilnahme am Projekt „Her Turn“ habe ich Kholoud Alamiry kennengelernt. Gemeinsam haben wir nun den ersten Journalistinnenverband „Tamkeen“ in Irak gegründet, um Journalistinnen zu unterstützen und zu vernetzen.“

Feministische Außenpolitik in der Praxis:

Unser Einsatz für Frauen und marginalisierte Gruppen in Afghanistan

Seit der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan im August 2021 werden Frauen und marginalisierte Gruppen dramatisch in ihren Rechten und gesellschaftlichen Freiräumen beschnitten. Wir sind überaus besorgt über die Lage von Frauen und Mädchen in Afghanistan. Diese Sorge ist eine wesentliche Triebfeder für unser Engagement. In einem schwierigen Umfeld arbeiten wir dafür, ihre Lage so weit wie möglich zu verbessern:

- Mit dem Bundesaufnahmeprogramm stellen wir besonders gefährdeten Afghan*innen eine Aufnahme in Deutschland in Aussicht, darunter Menschen, die aufgrund ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Orientierung einer besonderen individuellen Gefährdung ausgesetzt sind.
- Die von Deutschland, Großbritannien, Katar und den Vereinten Nationen gemeinsam veranstaltete humanitäre Geberkonferenz für Afghanistan im März 2022 legte auf unser Betreiben hin einen Schwerpunkt auf die humanitäre Lage von Frauen und Mädchen. Diesen Schwerpunkt werden wir bei Geberkonferenzen auch weiterhin verfolgen.
- Trotz der schwierigen Lage wollen wir 2023 den Aufbau von Frauenhäusern durch UN Women mit 500.000 EUR finanzieren und unterstützen die Organisation HAWAR.help beim Aufbau von Schutzhäusern für Frauen und marginalisierte Gruppen. Außerdem fördern wir Projekte zur Stärkung von Frauen in Familie und Gesellschaft, Mediationsangebote für innerfamiliäre Konflikte sowie Informationskampagnen zur Aufklärung und Sensibilisierung über sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte.
- Im Menschenrechtsrat haben wir die Einsetzung eines Sonderberichterstatters für Afghanistan erreicht und sichergestellt, dass das Mandat einen besonderen Fokus auf die Rechte von Frauen und Mädchen legt.
- Im November 2022 haben wir eine Resolution in der Generalversammlung der Vereinten Nationen zur Annahme gebracht, die deutliche Erwartungen der internationalen Gemeinschaft an die Taliban im Bereich der Menschenrechte bzw. der Rechte von Frauen und Mädchen formuliert. Die Resolution betont das Recht aller Afghan*innen auf gleichberechtigte Teilhabe am öffentlichen Leben.

Leitlinie 3

MENSCHENRECHTSPOLITIK

Wir thematisieren aktiv, wo die Rechte von Frauen und marginalisierter Menschen nicht konsequent umgesetzt sind. Einem antifeministischen Push-back stellen wir uns entgegen. Gerade bei sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechten, sexueller Selbstbestimmung und der Überwindung weiblicher Genitalverstümmelung gibt es Rechtslücken, daher hat dies für uns Priorität. Bei der Bekämpfung von Gewalt gegen und Diskriminierung von LSBTIQ gehen wir voran.*

Der Einsatz für die Rechte von Frauen und marginalisierter Personen ist in den letzten Jahren schwieriger geworden. In Verhandlungen über Frauenrechte, sexuelle und reproduktive Gesundheit, über die Rolle von Familie oder die Rechte von LSBTIQ* in internationalen Organisationen und in der EU zeigt sich immer deutlicher eine Spaltung der internationalen Gemeinschaft. Einige Staaten und international vernetzte Interessengruppen arbeiten daran, erreichte Standards zu verwässern. Auch durch die Abkehr von Normen – etwa dem Austritt aus dem Übereinkommen zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention) – setzen Staaten lang etablierte Rechte unter Druck.

Wir stellen uns diesen Angriffen gegen die Rechte von Frauen und marginalisierten Menschen entgegen. In multilateralen Gremien werden wir erreichte Standards konsequent verteidigen und für ihre Fortentwicklung eintreten. Wir setzen uns für einen Beitritt der Europäischen Union zur Istanbul-Konvention ein. Der Zusammenarbeit mit den Staaten und Gesellschaften des globalen Südens räumen wir besonderen Stellenwert ein. Dazu gehört die Bereitschaft zum Dialog mit einzelnen Partnerstaaten, die unseren Ansatz nicht teilen.

Feministische Außenpolitik in der Praxis:

Unsere Reaktion auf die Menschenrechtsverletzungen in Iran

Der allem Anschein nach durch Gewaltanwendung der iranischen Sittenpolizei verursachte Tod der Iranerin Mahsa Jina Amini war Auslöser landesweiter Proteste in Iran ab September 2022. Sie gingen zunächst vor allem von Frauen und Mädchen aus und entwickelten sich zu einer größeren Bürgerrechtsbewegung. Die Rechte von Frauen sind ein wichtiges Motiv der Proteste – ihr Slogan lautet „Frau, Leben, Freiheit“. Das blutige Vorgehen gegen die Proteste durch das iranische Regime kostete bisher mindestens 500 Menschen das Leben, mehr als 20.000 Personen wurden festgenommen. Darauf reagieren wir entschieden:

- *Die Sanktionsregime der EU nutzen wir mit unseren europäischen Partnern, um iranische Verantwortliche mit gezielten Maßnahmen zu belegen.*
- *Zum Schutz der iranischen Zivilgesellschaft tragen wir durch die Ausweitung unserer Schutzprogramme auf besonders gefährdete Personen aus den Bereichen Kultur, Wissenschaft, Medien und Zivilgesellschaft bei.*

- *Im Rahmen einer von uns einberufenen Sondersitzung des Menschenrechtsrats haben wir im November 2022 die Gewaltanwendung durch das iranische Regime insbesondere gegenüber Frauen und Mädchen verurteilt. Auf Initiative Deutschlands und Islands hin beauftragte der Menschenrechtsrat eine Aufklärungsmission, um die begangenen Menschenrechtsverletzungen zu dokumentieren und Beweise zu sichern.*
- *In der Generalversammlung der Vereinten Nationen haben wir uns erfolgreich für eine Resolution eingesetzt, mit der die internationale Gemeinschaft Iran zur Beachtung seiner menschenrechtlichen Verpflichtungen auffordert und von Iran verlangt, dem Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen, Javaid Rehman, Zugang ins Land zu gewähren.*

3.1 Wir machen uns für den Schutz und die Förderung sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechte stark.

In allen Regionen der Welt werden Frauen, Mädchen und Angehörige marginalisierter Gruppen weiterhin grundlegende Rechte im Bereich sexueller und reproduktiver Gesundheit verwehrt. Defizite bestehen u.a. bei den Rechten auf sexuelle Unversehrtheit und Autonomie, auf Aufklärung, auf Zugang zu sicheren Familienplanungsmethoden und Gesundheitsdiensten. Laut Schätzungen von UNFPA sterben jeden Tag 800 Frauen an vermeidbaren Komplikationen von Schwangerschaft und Geburt. Die Zahl neu mit HIV infizierter Menschen lag 2021 bei 1,5 Millionen weltweit, alle zwei Minuten wurde eine junge Frau oder ein Mädchen (zwischen 15 und 24 Jahre) mit HIV infiziert.

Die Verwirklichung der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte von Frauen, Mädchen und Angehörige marginalisierter Gruppen ist nicht nur mit einem verbesserten Gesundheitszustand und Armutsreduzierung verbunden. Sie ermöglicht auch eine stärkere politische, soziale und ökonomische Teilhabe. Hierzu gehört auch die eigenständige Familien- und Lebensplanung, einschließlich der selbstbestimmten Planung des eigenen Bildungswegs, welcher oft durch frühe Schwangerschaft verkürzt wird.

Unser Einsatz für sexuelle und reproduktive Rechte beginnt zu Hause. Die im Koalitionsvertrag vereinbarten Maßnahmen wollen wir umsetzen. Gleichzeitig werden wir unsere Bemühungen für die Anerkennung und den Schutz sexueller und reproduktiver Gesundheit in enger Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung auch international verstärken.

Unsere Ansätze und ausgewählte Projekte

- ***Dem Push-back entgegentreten:*** Die Bewegung gegen die Rechte von Frauen und LSBTIQ*-Personen ist eine strategische Herausforderung. Wir geben ein Projekt in Auftrag, das uns helfen soll, gemeinsam mit unseren Partner*innen unsere Gegenstrategien zu verbessern.

- **Den normativen Rahmen stärken:** Unser Ziel bleibt die Weiterentwicklung des internationalen Acquis zur Geschlechtergerechtigkeit. Als Co-Vorsitz in der Frauenrechtskommission der Vereinten Nationen verfolgen wir dieses Ziel mit Nachdruck. Gemeinsam mit anderen Staaten, die eine feministische Außenpolitik verfolgen, treten wir auf globaler Ebene für den Schutz sexueller und reproduktiver Rechte ein.
- **Politisch Führung zeigen:** Wir werden der globalen Bewegung *She Decides* beitreten. Diese setzt sich für die Selbstbestimmung über den eigenen Körper ein. Wir unterstreichen damit: Der Einsatz für eine Welt, in der Frauen und junge Menschen frei über ihren Körper, ihr Leben und ihre Zukunft bestimmen können, hat für uns politische Priorität.
- **VN-Programme stärken:** Wir unterstützen den VN-Weltbevölkerungsfonds, zu dessen Aufgaben die Bereitstellung von sexueller und reproduktiver Gesundheitsversorgung gehört. Sonderbeiträge erhielten auch die Fonds für Neugeborenen- und Müttergesundheit und für die Versorgung von Frauen in Afghanistan.
- **Projektarbeit ausweiten:** Wir werden unsere Projektarbeit verstärkt auf sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte ausrichten. In Indien fördern wir bereits ein Aufklärungsprojekt, das Mitarbeiter*innen aus Verwaltung und Justiz für die Rechte von Frauen und Mädchen sensibilisiert. Mit unserer Projektarbeit in Pakistan wenden wir uns gegen sexuellen Missbrauch, und in Peru erleichtern wir Trans*frauen den Zugang zum Gesundheitssystem.

3.2 *Wir kämpfen für die Überwindung weiblicher Genitalverstümmelung und unterstützen weltweit Projekte zur Aufklärung und Prävention.*

Der Kampf gegen weibliche Genitalverstümmelung als einer besonders eklatanten Verletzung von Frauenrechten ist uns ein besonderes Anliegen. Gemeinsam mit den Kolleg*innen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung setzen wir hier einen Schwerpunkt.

Schätzungen zufolge sind 200 Mio. Mädchen und Frauen weltweit von Genitalverstümmelung betroffen – davon mindestens 500.000 in der EU. Allein in Deutschland leben ca. 67.000 Mädchen und Frauen, die von dieser Form geschlechtsspezifischer Gewalt betroffen sind. Wir setzen uns konsequent für Präventionsmaßnahmen ein. Dabei geht die Stärkung staatlicher und zivilgesellschaftlicher Organisationen Hand in Hand mit Bildung, Sensibilisierung und Dialog.

Unsere Ansätze und ausgewählte Projekte

- **Aufklärung und Unterstützung:** Mit unserer Projektarbeit in Äthiopien klären wir Gemeinde-, Clan- und Religionsführer*innen über die Folgen weiblicher Genitalverstümmelung auf und schulen Gesundheitspersonal. Auch in Sierra Leone klären wir auf und leisten psychosoziale Unterstützung für betroffene Mädchen. Ähnliche Projekte haben wir in Mauretanien, Sudan und Somalia gefördert.

- **Größere Reichweite ist das Ziel:** Wir wollen dem Kampf gegen Genitalverstümmelung in unserer Projektarbeit noch größeren Raum widmen und werden die dafür reservierten Beträge in unserer Menschenrechtsarbeit erhöhen. Wir werden zudem effektiver kommunizieren und unsere Arbeit mit Kampagnen begleiten, etwa zum Internationalen Tag gegen weibliche Genitalverstümmelung am 6. Februar.

3.3 Wir gehen bei der Bekämpfung von Gewalt gegen und Diskriminierung von LSBTIQ* voran.

Der Einsatz für die Rechte von LSBTIQ*-Personen ist für uns integraler Teil feministischer Außenpolitik. Gewalt und Diskriminierung gegen LSBTIQ*-Personen sind in vielen Staaten nach wie vor ein großes Problem. In 69 Staaten wird Homosexualität strafrechtlich verfolgt, in 10 Staaten droht Lesben und Schwulen sogar die Todesstrafe. Die Bundesregierung stärkt auf Grundlage des LSBTI-Inklusionskonzepts die Förderung zivilgesellschaftlicher Organisationen, die sich gegen Gewalt und Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität einsetzen. Feministische Außenpolitik heißt: Im bilateralen und multilateralen Dialog zu LSBTIQ*-Personen werden wir in Zukunft eine Führungsrolle einnehmen.

Unsere Ansätze und ausgewählte Projekte

- **Multilaterale Führungsrolle:** Gemeinsam mit Mexiko haben wir im September 2022 den Vorsitz der *Equal Rights Coalition* (ERC) übernommen. Mit 42 Staaten und über 130 Nichtregierungsorganisationen macht sich die ERC für die Sache der LSBTIQ*-Personen stark. Wir haben unseren Vorsitz mit 800.000 EUR unterlegt. Hiermit richten wir 2024 eine große Konferenz aus und wollen ein ERC-Generalsekretariat schaffen.
- **Allianzen zur Stärkung und zum Schutz von LSBTIQ*-Personen in Europa:** Gemeinsam mit Partnerstaaten setzen wir uns aktiv für eine progressive Politik und Sprache gegen Diskriminierung und für die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt ein, indem wir uns geschlossen dem Push-back gegen Geschlechtergerechtigkeit und gegen LSBTIQ*-Rechte entgegenstellen.
- **Weltweit aktiv:** An unserem Einsatz für LSBTIQ* haben unsere Botschaften in besonderem Maße Anteil: Indem sie sich mit Erklärungen und der Teilnahme an Pride-Veranstaltungen solidarisieren, Menschenrechtsprojekte fördern, die Rechte von LSBTIQ*-Personen gegenüber der Gastregierung anmahnen oder LSBTIQ*-Verteidiger*innen durch Visa, humanitäre Aufnahmen und Schutzaufenthalte unterstützen. Begleitend zu unserem ERC-Vorsitz stellen wir unseren Auslandsvertretungen zusätzlich bis zu 1 Mio. EUR zur Verfügung: für queere Kulturveranstaltungen, NRO-Projekte und lokale Initiativen.
- **LSBTIQ* Mainstreaming im Haus:** Wir werden *Diversity Management Module* in die Aus- und Fortbildungen des Auswärtigen Amtes aufnehmen. Zudem wollen wir die Rechte, Repräsentanz und Ressourcen von LSBTIQ*-Personen durch die auswärtige Kultur- und Bildungspolitik sowie in unserem Krisenengagement stärken.

*Im September 2022 haben wir in Buenos Aires gemeinsam mit Mexiko den Co-Vorsitz der **Equal Rights Coalition** übernommen. Gemeinsam bringen wir Maßnahmen auf den Weg, um Gewalt, Kriminalisierung und Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität zu beenden. Unsere Botschaft in Buenos Aires organisierte aus diesem Anlass ein queeres Rugby-Training. Vereinspräsident Caio Varela sagte dazu:*

*„Unser Verein Ciervos Pampas war der erste queere Rugbyclub in Lateinamerika. Viele unserer Spieler haben selbst Gewalt oder Diskriminierung erfahren. Es braucht auch viel Mut, auf den Platz zu gehen und zu sagen „hier bin ich und ich habe ein Recht, hier zu sein“. Bei der ERC-Konferenz haben unsere Spieler*innen gemeinsam mit den Aktivist*innen und Regierungsvertreter*innen trainiert. Da gab es einen ganz besonderen Moment: Unsere Spieler bildeten einen Kreis und der VN-Experte für LSBTIQ* ergriff das Wort, um sich für ihr Engagement zu bedanken, auch die deutsche Botschaft und eine mexikanische Aktivistin. Das war sehr emotional. Hier geht es ja nicht nur um den Sport. Die öffentliche Anerkennung ist sehr wichtig für uns.“*

Leitlinie 4

KLIMA- UND ENERGIEAUSSENPOLITIK

*Wir erkennen durch die Klimakrise verstärkte Ungleichheiten und Vulnerabilitäten an und wirken ihnen mit unserer Klima- und Energieaußenpolitik entgegen. Frauen und diverse gesellschaftliche Gruppen sind wichtige Akteur*innen und Führungspersonen unserer Klima- und Energiediplomatie. Wir helfen, die spezifischen Auswirkungen der Klimakrise auf Frauen und marginalisierte Gruppen auszugleichen.*

Frauen sind entscheidende Akteur*innen im Kampf gegen die Klimakrise – im Team des Auswärtigen Amtes und weltweit. Deshalb unterstützen wir sie bei dieser wichtigen Arbeit – im Interesse aller.

Die Auswirkungen des Klimawandels betreffen nicht alle Menschen in gleicher Weise. Laut Angaben der Vereinten Nationen waren 2021 bis zu 80% der Menschen, die aufgrund von klimabedingten Katastrophen fliehen mussten, Frauen. Auf der Flucht sind Frauen und Mädchen häufiger von sexualisierter Gewalt und Ausbeutung betroffen. Angehörige marginalisierter Gruppen sind besonderen Belastungen ausgesetzt. In Dürreperioden müssen Frauen sich häufiger als Männer zur Wasserbeschaffung in unsichere Umgebungen wagen und einem erhöhten Risiko sexualisierter Gewalt aussetzen. Manche Studien legen nahe, dass für Frauen ein vielfach höheres Risiko besteht, aufgrund von Klimaereignissen zu sterben.

Wir wollen die durch die Klima- und Folgekrisen verstärkten Ungleichheiten und Vulnerabilitäten ausgleichen helfen. Hierbei schließt sich der Kreis zu unseren Bemühungen, die VN-Nachhaltigkeitsziele zu erreichen.

Auch über die Energiewende als Rückgrat des Klimaschutzes wollen wir die Lebenssituation von Frauen und marginalisierten Menschen verbessern. OECD-Studien zufolge sind Frauen weltweit häufiger von Energiearmut betroffen. Der Ausstieg aus fossilen Energieträgern und der damit verbundene Umbau fossiler Wirtschaftsmodelle bietet Chancen, die wir nutzen wollen. Eine feministische

Energieaußenpolitik, die Frauen und marginalisierte Gruppen explizit adressiert, ist nicht nur inklusiver, sondern kann einen überproportionalen ökologischen und wirtschaftlichen Mehrwert schaffen und einen wichtigen Beitrag zu effektivem Klimaschutz leisten.

Feministische Außenpolitik setzt konsequent in Formaten wie der VN-Klimarahmenkonvention und der Weltklimakonferenz (COP), den Verhandlungen zum Global Biodiversity Framework oder im Rahmen von Projekten der *Climate for Peace* Initiative an. Lokale Gruppen und indigene Communities beziehen wir in Entscheidungsprozesse ein.

Unsere Ansätze und ausgewählte Projekte

- **Gender Mainstreaming in allen globalen Klimaprozessen:** Bei der COP27 im November 2022 haben wir uns weiter für den *Gender Action Plan* von UNFCCC und seine Umsetzung stark gemacht. Beim Klimasekretariat der Vereinten Nationen haben wir einen *National Gender and Climate Change Focal Point* eingerichtet. Außerdem werden Projekte des Klimasekretariats von uns finanziert, die eine Stärkung und Weiterentwicklung der Genderkompetenzen zum Ziel haben.
- **Strategie formulieren:** Derzeit verfassen wir federführend eine Strategie der Bundesregierung zur Klimaaußenpolitik, in der die Belange von Frauen und diversen gesellschaftlichen Gruppen fest verankert sind.
- **Geschlechtergerechtigkeit als Leitprinzip:** Die Genderstrategie der Bundesregierung für die Internationale Klimaschutzinitiative setzen wir konsequent um. In der Strategie ist Geschlechtergerechtigkeit als Leitprinzip bei der Finanzierung von Maßnahmen in den Bereichen Klimaschutz, Klimaanpassung und Biodiversitätsschutz verankert. Das heißt konkret, dass alle Projekte auf die Auswirkungen auf Frauen oder marginalisierte Gruppen geprüft werden. Besteht das Risiko einer negativen Auswirkung, werden wir die Projektdurchführungsorganisationen verpflichten, Sicherheitsmechanismen aufzusetzen.
- **Genderresponsive Energie- und Klimaprojekte:** In der Sahel-Region fördern wir beispielsweise im Rahmen der Internationalen Klimainitiative ein Projekt, um in Flüchtlingslagern und anderen Einrichtungen der humanitären Hilfe Dieselgeneratoren durch Solaranlagen zu ersetzen. Das Projekt wird nicht nur 18.000 Tonnen CO₂ einsparen, sondern kommt insbesondere Frauen und Kindern zugute, da diese etwa 70% der Bevölkerung in VN-Flüchtlingslagern ausmachen.
- **Khartum-Prozess der EU:** Während unseres Vorsitzes im Khartum-Prozess – einer politischen Kooperationsplattform zwischen Ländern entlang der Migrationsroute am Horn von Afrika und der EU – ab Frühjahr 2023 legen wir einen Schwerpunkt auf die Klimadimension von Flucht, Vertreibung und Migration. Den Schutzinteressen von Frauen und Mädchen räumen wir besonderen Raum ein. Beim geplanten Vorsitzsegment zu Klimawandel und menschlicher Mobilität werden Beiträge von Frauen eine zentrale Rolle spielen.

Feministische Außenpolitik in der Praxis:

Frauenrechtskommission der Vereinten Nationen – Frauenrechte im Klimaschutz verankern

Die Berücksichtigung der geschlechtsspezifischen Dimension des Klimawandels und eine aktive Partizipation von Frauen sind unerlässlich für eine menschenrechtsbasierte und geschlechtergerechte Klimapolitik. Gleichzeitig sind Frauen bei Verhandlungen über Klimapolitik oder Anpassungsmaßnahmen unterrepräsentiert. Unseren Co-Vorsitz in der 66. VN-Frauenrechtskommission – dem zentralen Gremium der Vereinten Nationen im Bereich der Gleichstellung der Geschlechter – haben wir 2022 genutzt, um dieses Dilemma anzugehen:

- *Unter unserer Verhandlungsleitung beschlossen die Mitgliedsstaaten erstmals überhaupt konkrete Maßnahmen zur Stärkung von Frauenrechten bei der Bewältigung des Klimawandels und einigten sich auf Ansätze zur konsequenten Beteiligung von Frauen und Mädchen beim Kampf gegen die Klimakrise.*
- *Dabei würdigt das Abschlussdokument nicht nur den Einsatz junger Frauen für den Klimaschutz als Klimaaktivistinnen, sondern betont auch die wichtige Rolle von Männern und Jungen beim Kampf gegen Stereotypen und Diskriminierung – denn Gleichstellung ist eine Aufgabe für die gesamte Gesellschaft, von der Menschen jeden Geschlechts profitieren.*

Leitlinie 5

AUSSENWIRTSCHAFTSPOLITIK

Wir bilden Netzwerke in der internationalen Wirtschaftspolitik und fördern die Teilhabe von Frauen und Angehöriger marginalisierter Gruppen in Wirtschaftsprozessen. Wir arbeiten auf internationale Standards hin, um zu einer fairen und sicheren digitalen Welt beizutragen und den Einsatz von Künstlicher Intelligenz gendgerecht und diskriminierungsfrei auszugestalten.

Gleiche Teilhabe von Frauen und marginalisierten Personen im formalen Sektor des Wirtschaftslebens ist ein Kernziel feministischer Außenpolitik. 2021 waren laut Internationaler Arbeitsorganisation nur 47% der Frauen weltweit am Erwerb beteiligt. Im Durchschnitt verdienen sie für die gleiche Arbeit 20% weniger als Männer. Auch das unternehmerische Potential der Hälfte der Menschheit ist bei Weitem nicht ausgeschöpft. Den informellen Sektor hingegen dominieren marginalisierte Menschen, mit geringem Sozialschutz und häufig prekären Arbeitsbedingungen. Das trägt dazu bei, dass Frauen und marginalisierte Gruppen besonders stark von Armut betroffen sind.

Economic Empowerment ist vor diesem Hintergrund sowohl eine fundamentale Gerechtigkeitsfrage als auch ein gewichtiger Innovations- und Wachstumsfaktor. Studien belegen den Zusammenhang zwischen ökonomischer Gleichberechtigung und nachhaltigem Wachstum. Ungleiche wirtschaftliche Bedingungen begünstigen politische Instabilität. Sie zu überwinden ist ein Auftrag feministischer Außenpolitik.

Unsere Ansätze und ausgewählte Projekte

- **WEP-Initiative:** Mit der Initiative *Women in Economic Policy* wollen wir die Vernetzung und Sichtbarkeit von Frauen in der internationalen Wirtschaftspolitik verbessern. Die WEP ist ein internationales Netzwerk mit über 550 Mitgliedern aus den Bundesressorts, Außenämtern der G20-Staaten, der Wirtschaft, internationalen Organisationen und Think Tanks.
- **Austausch und Vernetzung:** An ausgesuchten Auslandsvertretungen richten wir Dialogforen und Netzwerke zur feministischen Außenwirtschaftspolitik ein. Wir werden eng mit Vordenker*innen feministischer Wirtschaftsbeziehungen zusammenarbeiten und einen Austausch über Best Practices ermöglichen, etwa zu feministischen Aspekten in Wirtschafts- und Finanzfragen. Wir verknüpfen die WEP mit Netzwerken von Unternehmer*innen, die wir in ausgesuchten Ländern schaffen oder unterstützen.
- **Economic Empowerment:** Wir verankern feministische Ansätze in der Außenwirtschaftsförderung. In Europa wollen wir dazu beitragen, geschlechtsspezifische Aspekte in die EU-Handelspolitik zu integrieren. In der Welthandelsorganisation (WTO) werden wir die Umsetzung der *Joint Declaration on Trade and Women's Economic Empowerment* und die Arbeit ihrer *Informal Working Group on Trade and Gender* unterstützen.
- **Wirtschaft und Menschenrechte:** Frauen und Angehörige marginalisierter Gruppen sind von Menschenrechtsverletzungen in Lieferketten besonders häufig betroffen, vor allem im Textil- und Agrarsektor. Bei der Überarbeitung unseres Nationalen Aktionsplans zur Umsetzung der VN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte werden wir ihre Rechte sowie die geschlechtsspezifischen Risiken in Wirtschaftsprozessen daher noch stärker berücksichtigen. Wir setzen uns zudem dafür ein, dass nach der Ratifizierung durch uns weitere Staaten das ILO-Übereinkommen 190 zur Beseitigung von Gewalt und Belästigung am Arbeitsplatz ratifizieren.
- **Technologische Gender Gaps:** Wir setzen uns weltweit für eine faire, freie und sichere digitale Welt ein. Eine geschlechtergerechte und diskriminierungsfreie Gestaltung der Digitalisierung steht dabei im Mittelpunkt. Wir engagieren uns für eine Online-Regulierung, die digitale Räume für alle Menschen sicher und frei von Hassrede macht. Wir setzen uns dafür ein, dass bei der Entwicklung und Regulierung neuer Technologien Frauen und marginalisierte Gruppen gleichberechtigte Teilhabe und Zugang zu Ressourcen erhalten. Dieses Thema treiben wir auch in der Frauenrechtskommission der Vereinten Nationen voran.
- **Künstliche Intelligenz:** Als Vorsitz der Arbeitsgruppe der *Freedom Online Coalition* zu Künstlicher Intelligenz arbeiten wir an der Entwicklung von Leitlinien für gendergerechte Entwicklung und Anwendung von Künstlicher Intelligenz. Beim *Internet Governance Forum* in Addis Abeba im November 2022 haben wir diese Problematik mit Partner*innen bei einem von uns ausgerichteten Panel diskutiert. Mit unserer Initiative wollen wir dazu beitragen, das Risiko einer geschlechterspezifischen Benachteiligung beim Einsatz von Algorithmen, die durch Künstliche Intelligenz gesteuert werden, zu reduzieren.

In Nigeria fördern wir aktuell ein Projekt der Organisation Women for Women International Deutschland für Gleichberechtigung, Teilhabe und Menschenrechte. Aishatu und ihre Tochter Ummi erzählen von ihren Erfahrungen mit dem Programm Women for Women International:

Aishatu: „Wie es in meiner Gemeinde üblich ist, hatte ich darüber nachgedacht, meine Tochter zu verheiraten, bevor sie ihre Sekundarschulbildung abgeschlossen hat. Aber meine Ansichten änderten sich, nachdem ich dem ‚Stronger Women Stronger Nations‘-Programm beigetreten bin. Ich erfuhr, welchen Gefahren ich meine Tochter aussetzen würde. Mir wurde klar, dass ich auch ihre Menschenrechte verletzen würde, so wie meine vor vielen Jahren verletzt wurden. Also beschloss ich, meinen Töchtern das beibringen, was mir beigebracht wurde.“

Ummi: „Meine Mutter hat mir beigebracht, wie wichtig Bildung ist. Bildung wird mich befähigen, in meinem Zuhause und in meiner Gemeinde gute Entscheidungen zu treffen. Obwohl einige Leute in unserer Gemeinde meine Eltern bedrängt haben, mich zu verheiraten, unterstützen meine Eltern voll und ganz, dass ich meine Ausbildung abschließe. Ich plane, nach der Sekundarschule eine Gesundheitsausbildung zu absolvieren, bevor ich über eine Ehe nachdenke.“

Leitlinie 6

AUSWÄRTIGE KULTUR- UND GESELLSCHAFTSPOLITIK

Wir fördern gleichberechtigte Repräsentanz und Teilhabe von Frauen und marginalisierten Menschen in der Gesellschaft. Wir setzen uns für eine bessere Sichtbarkeit marginalisierter Menschen in Kunst und Kultur, Forschung und Wissenschaft, Bildung und Medien ein. Gefährdeten Personengruppen bieten wir Schutz.

Kultur, Wissenschaft und Forschung, Bildung und Sport sowie Medien sind Treiberinnen gesellschaftlicher Entwicklung. Frauen übernehmen in allen Ländern der Welt Führungsrollen. Die Teilhabe von Frauen und marginalisierten Gruppen in diesen Kernbereichen gesellschaftlichen Zusammenlebens stärkt Resilienz, entfaltet menschliches Potential der Gesellschaft und nimmt daher in unserer feministischen Außenpolitik eine wichtige Rolle ein. Die Netzwerke unserer Partner*innen weltweit bieten Plattformen, um die feministische Außenpolitik in Gesellschaften und zu den Menschen zu tragen und mit ihnen in Dialog zu treten.

Um unsere Strukturen und Abläufe nachhaltig vielfältiger und offener zu gestalten, lassen wir eine umfassende und unabhängige wissenschaftliche Studie durchführen, die ausgrenzende Mechanismen und Strukturen identifizieren und Strategien zu ihrer Behebung aufzeigen wird. Darauf aufsetzend, werden wir in allen Bereichen der Gesellschaftsaußenpolitik strategische Ansätze für mehr Diversität entwickeln.

Unsere Ansätze und ausgewählte Projekte

- ***Geschützte Räume schaffen:*** Wir wollen der Vielfalt gesellschaftlicher Perspektiven Raum verschaffen und Schutz bieten. Gerade in autoritären Gesellschaften bedarf es dieser Räume – oft im physischen Sinne. Die Goethe-Institute sind in vielen Ländern als *safe spaces* und Orte der Begegnung für vulnerable Gruppen wichtig, ihre Wirksamkeit in die Gesellschaften hinein ist groß. Im Sudan unterstützen wir den *Women Hub* des Goethe-Instituts und schaffen Raum für Frauen zum Arbeiten und Vernetzen.
- ***Gefährdete Menschen fördern:*** Akteur*innen der kritischen Zivilgesellschaft sind in vielen Ländern Diskriminierungen und Bedrohungen ausgesetzt. Wir organisieren und finanzieren daher Schutzprogramme für gefährdete Personen- und Berufsgruppen. Dazu zählen das Hilde-Domin-Programm des DAAD für gefährdete Studierende und Promovierende, die Philipp Schwartz-Initiative der Alexander von Humboldt-Stiftung für gefährdete Wissenschaftler*innen, die Martin Roth-Initiative des Instituts für Auslandsbeziehungen (ifa), die gefährdete Kunst- und Kulturschaffende mit temporären Schutz- und Schaffungsaufenthalten finanziell fördert, sowie die Hannah-Arendt-Initiative für Journalist*innen.
- ***Offenheit in Kultur und Medien befördern:*** Wir setzen uns für eine bessere Sichtbarkeit marginalisierter Menschen in Kunst, Kultur und Medien ein. Wir unterstützen die Weiterbildung und Vernetzung von Medienschaffenden, um so zur Unterstützung der internationalen Pressefreiheit und konstruktiver, qualitativer Berichterstattung etwa zur Klimakrise, zu Anti-Diskriminierung und zu LSBTIQ*-Rechten beizutragen. Wir fördern gleichberechtigte Zugänge zu Information, Digitalisierung, Kreativwirtschaft und Gaming.
- ***Auslandsschulen als Ort der Vielfalt gestalten:*** An den Deutschen Auslandsschulen und unseren über 2.000 Partnerschulen setzen wir uns für die Verankerung von Diversität und gegen Diskriminierung ein. Alle 135 Deutschen Auslandsschulen werden von der Zentralstelle für Auslandsschulwesen darin unterstützt und beraten, ihre Schule als Schutzraum und Ort der Vielfalt zu gestalten. Darüber hinaus fördern wir Online-Fortbildungen zur Stärkung weiblicher Lehrkräfte und Planspiele gegen Sexismus und Diskriminierung.
- ***Unsere eigene Geschichte reflektieren:*** Der selbstkritische Blick auf die eigene Geschichte ist Teil einer feministischen Gesellschaftsaußenpolitik. Hierzu gehört eine Herangehensweise, die post-koloniale Realitäten reflektiert. Wir finanzieren Stipendien für Wissenschaftler*innen aus den ehemaligen deutschen Kolonialregionen zur Erforschung der deutschen Kolonialgeschichte und ihrer Auswirkungen. Themen und Inhalte unserer Aktivitäten überprüfen wir auf diskriminierende Sprache. Wir fragen danach, wo wir die Gesellschaftsaußenpolitik neu und offener für Fragen der vielschichtigen Formen von Diversität ausrichten müssen.

In Tartagal, Salta (Argentinien) unterstützen wir die indigene Frauenorganisation ARETEDE, die dort eine eigene Radiostation unterhält, in der indigene Frauen kulturelle Themen und soziale oder ökologische Problematiken ansprechen können. Einige Gemeinden sind dort u.a. von Raubbau und (Zwangs-)Umsiedlung für Sojaanbau betroffen. Die Radiostation fungiert außerdem als Gemeinschaftszentrum und Übernachtungsoption für indigene Frauen.

Felisa Mendoza und María Miranda: „Wir sind eine indigene Organisation, die von Frauen aus den Völkern der Wichí, Guaraní, Toba/Qom und Chorote geführt wird. Als Ergebnis unserer mehr als 20-jährigen Arbeit haben wir heute ein Gemeinschaftsradio namens La Voz Indígena („Die indigene Stimme“), ein Medium, das täglich über unsere Situation im Zusammenhang mit der territorialen Enteignung und den Kämpfen, die unsere Gemeinschaften führen, ausstrahlt. Das Problem der Rodung und das Vordringen der landwirtschaftlichen Grenzen immer weiter in unsere Region haben sich zu einer dauerhaften Krisensituation entwickelt. Durch das Radio konnten wir das Wort ergreifen, das uns in den Medien verwehrt wurde, um in unseren eigenen Sprachen sprechen zu können, um von unseren Problemen zu erzählen, unsere Ahnenlieder zu singen und uns vor allem selbst zu vertreten.“

*Leitlinien für unsere
Arbeitsweise im
Auswärtigen Dienst*

Glaubwürdige feministische Außenpolitik richtet den Blick auch nach innen. Wir wollen jede Form von Benachteiligung ausschließen, die wegen des Geschlechts oder anderer Merkmale wie Behinderung, Alter, ethnischer oder sozialer Herkunft, sexueller Orientierung, Hautfarbe, Religion oder Weltanschauung entsteht. Wir wollen Gleichstellung, Diversität und Inklusion im eigenen Haus umfassend befördern und als Querschnittsthemen verankern. Unser Ziel ist eine Hauskultur, die diskriminierungsfrei ist und die die Vielfalt der Mitarbeitenden wertschätzt, sie pflegt und ihr Potential nutzt.

Leitlinie 7

Wir arbeiten für Gleichstellung, Diversität und Inklusion im Auswärtigen Dienst. Unsere internen Strukturen und Prozesse evaluieren wir laufend und passen sie bei Bedarf an. Wir tragen innerhalb der Bundesregierung zur Weiterentwicklung von Diversität und Partizipation bei. Wir erhöhen stetig den Anteil von Frauen in Führungspositionen. Angehörige unseres Dienstes unterstützen wir in individuellen Biographien. Unsere Personalplanung berücksichtigt die Bedürfnisse unserer Mitarbeitenden.

Die Entsandten des Auswärtigen Amtes sind an über 200 Dienstorten weltweit tätig, erleben ihren beruflichen und privaten Alltag in ganz unterschiedlichen Ländern und Kulturen und arbeiten eng mit den vor Ort beschäftigten Kolleg*innen an den Auslandsvertretungen zusammen. Die Fähigkeit, wertschätzend und vorurteilsfrei mit gesellschaftlicher Vielfalt und der Vielfalt von Menschen umzugehen, ist für uns daher von zentraler Bedeutung.

Wir setzen die Ziele des Bundesgleichstellungsgesetzes und des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes um. Dabei ist uns bewusst, dass erhebliche Anstrengungen vor uns liegen, insbesondere mit Blick auf die Vertretung von Frauen in Führungsämtern unseres Dienstes. Nach wie vor werden nur 27% unserer Auslandsvertretungen von Frauen geleitet. Hier werden wir schnellstmöglich korrigieren, was über viele Jahre nicht geleistet worden ist.

Die Charta der Vielfalt, die wir 2014 unterzeichnet haben, erfüllen wir mit Leben. Als erstes Bundesministerium hat das Auswärtige Amt 2021 eine eigene Diversitätsstrategie verabschiedet: „Vielfältiges Deutschland – vielfältige Diplomatie“. Die Förderung von Gleichstellung und Diversität ist dabei Aufgabe aller Beschäftigten. Die Gleichstellungsbeauftragte und das neu geschaffene Referat für Geschlechtergerechtigkeit und Diversität unterstützen die Beschäftigten dabei aktiv.

Ein Außenministerium lebt davon, dass seine Beschäftigten weltweit einsetzbar sind: Die Rotation, der Wechsel zwischen der Zentrale und den Auslandsvertretungen, ist unsere Arbeitsgrundlage. Mit regelmäßigen internationalen Umzügen gehen besondere Belastungen einher, für unsere Beschäftigten selbst ebenso wie für ihre Familien und Freund*innen. Wir wollen unseren Beschäftigten ermöglichen, die Rotation möglichst umfassend mit ihren individuellen Lebenslagen und Lebensentwürfen in Einklang zu bringen.

Das erfordert, die Arbeitsbedingungen im Inland und im Ausland so zu gestalten, dass Berufstätigkeit und Privatleben miteinander vereinbar sind. Denn wir wollen die besten Nachwuchskräfte nicht nur gewinnen, sondern auch halten – unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer Herkunft oder ihrem sonstigen Hintergrund.

Wie setzen wir das um?

- ***Gleichstellung, Diversität und Inklusion als Werte sichtbar machen:*** Unsere über 200 Auslandsvertretungen weltweit tragen dazu bei, die Bedeutung von Gleichstellung, Diversität und Inklusion sichtbar zu machen, indem sie Veranstaltungen zu diesen Themen ausrichten und sie in der Programmplanung für aus Deutschland anreisende Delegationen berücksichtigen. Der Einsatz für Diversität ist für uns untrennbar verknüpft mit dem Engagement der deutschen Außenpolitik für die Stärkung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten. Dieses Bekenntnis ist in unserer Diversitätsstrategie festgelegt und wird in unseren zukünftigen Verhaltenskodex einfließen.
- ***Interne Strukturen und Prozesse laufend anpassen und Unterstützung institutionell verankern:*** In unserer Personalabteilung haben wir das Referat für Geschlechtergerechtigkeit und Diversität geschaffen, das auch Anlaufstelle für Beschwerden nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz ist.
- ***Auch innerhalb Deutschlands für Diversität und Inklusion eintreten:*** Wir unterstützen aktiv weitere Vorhaben der Bundesregierung, darunter die Steigerung des Anteils von Frauen in Führungspositionen im öffentlichen Dienst, das Partizipationsgesetz, die Diversitätsstrategie für die Bundesverwaltung, eine bessere Teilhabe von Ostdeutschen, die Förderung von queerem Leben in Deutschland sowie der Ausbau digitaler und baulicher Barrierefreiheit.
- ***Wir berücksichtigen familiäre Belange beim Einsatz unserer Beschäftigten im Ausland. Wir überwinden Hindernisse, die der Auslandsversetzung von LSBTIQ*-Beschäftigten mit ihren Familien im Weg stehen.*** Durch flexible Arbeitsbedingungen an den Auslandsvertretungen wollen wir sicherstellen, dass Beschäftigte mehr Zeit für ihre Familien haben. Beschäftigten, deren Familien in Deutschland bleiben möchten, wollen wir ermöglichen, zwischen Dienststandort und Familienwohntort zu pendeln. Wir setzen uns aktiv dafür ein, dass mitausreisende Partner*innen angemessene Arbeit finden können.
- ***Wir tragen Sorge, dass unsere Beschäftigten mit Schwerbehinderung im Ausland tätig sein können:*** Unsere 226 Auslandsvertretungen gestalten wir sukzessive barrierefrei.
- ***Wir gehen neue Wege:*** So werden derzeit zwei deutsche Botschaften im Ausland von Ehepaaren im Job-Sharing geleitet. An Alleinerziehende oder Alleinstehende stellt der Wechsel zwischen Inland und Ausland noch einmal besondere Herausforderungen. Wir werden daher unsere Regularien durchleuchten, um künftig individueller auf die Bedürfnisse unserer Beschäftigten eingehen zu können und sie zu unterstützen.

- **Kontextsensible Personalfürsorge und Krisenvorsorge für lokal Beschäftigte:** Fast die Hälfte der Mitarbeitenden des AA sind die lokal Beschäftigten an den Auslandsvertretungen. Sie sind dauerhaft im Gastland ansässig und dort verwurzelt, sprachkundig und mit den örtlichen Verhältnissen vertraut. Ihre besonderen Belange berücksichtigt das AA sowohl auf die örtliche Situation zugeschnitten, aber auch in einem globalen Zusammenhang.

Feministische Außenpolitik in der Praxis

Mehr Frauen in Führungspositionen

Bis zum Ende des Jahres 2025 gilt für die Bundesverwaltung das gemeinsame Ziel, die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen zu erreichen. Für das Auswärtige Amt sind dabei viele Steine aus dem Weg zu räumen. Deshalb arbeiten wir an allen Ebenen des Karriereverlaufs, von der Nachwuchswerbung über die Ausbildung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zur Beförderungspraxis. Dabei denken wir Gleichstellung mit Diversität zusammen; unser Ansatz ist intersektional.

Wo stehen wir aktuell?

49,8% unserer Beschäftigten sind weiblich.

*Von den drei höchsten Beamt*innen des Auswärtigen Amts, den Staatssekretär*innen, sind zwei Frauen. Fünf der insgesamt elf Abteilungen wurden im Dezember 2022 von Frauen geführt. Auch herausgehobene Führungspositionen wie die Chefinspektion und die Leitung der Akademie Auswärtiger Dienst sind mit Frauen besetzt.*

27% der insgesamt 226 deutschen Auslandsvertretungen werden von Frauen geleitet.

Den Anteil von Frauen in Führungspositionen im höheren Dienst haben wir 2022 im Vergleich zu 2021 um knapp 3 Prozentpunkte auf 26% gesteigert.

In höherem und gehobenem Dienst zusammengenommen liegt der Anteil an Frauen in Führungspositionen im Auswärtigen Amt derzeit nun bei rund 34%. Führungskräfte entstammen dabei zum großen Teil dem höheren Dienst, wo der Frauenanteil aktuell nur 39% beträgt, gegenüber 37% 2021. Darüber hinaus gibt es im gehobenen Dienst wichtige Führungspositionen wie z.B. die Leitung von Konsulaten in Städten wie Hermannstadt oder Temeswar. Viele weibliche Beschäftigte im gehobenen Dienst leiten an Großbotschaften wie Peking und New York die gesamte innere Verwaltung, die Rechts- und Konsularabteilung mit bis zu 60 Mitarbeitenden oder die Fachabteilungen.

Aber: Der Frauenanteil unter den Referatsleitungen im höheren Dienst (In- und Ausland) beträgt nur 26%. Wir arbeiten daher umfassend und kontinuierlich weiter daran, auf allen Hierarchieebenen Parität zu erreichen.

Leitlinie 8

Wir stellen Chancengleichheit und ein diskriminierungsfreies Arbeitsumfeld sicher. Wir ermöglichen flexibles Arbeiten und gewährleisten, dass sich Teilzeit oder Elternzeit nicht nachteilig auf den Karriereverlauf auswirken. Wir zeigen Null Toleranz bei sexueller Belästigung und Sexismus. Sie haben keinen Platz im Auswärtigen Dienst. Betroffene erhalten von uns jede notwendige Unterstützung. Wir setzen konsequent auf Intervention und Prävention.

Das Auswärtige Amt ist ein Arbeitgeber, in dem alle Beschäftigten unabhängig von Diversitätsmerkmalen willkommen und wertgeschätzt sind. Echte Chancengleichheit bedeutet aber nicht nur, Diskriminierungen zu vermeiden, sondern Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass alle unabhängig von Geschlecht, Alter, Behinderung, ethnischer oder sozialer Herkunft, sexueller Orientierung, Hautfarbe, Religion oder Weltanschauung dieselben Chancen bei Einstellungen und Beförderungen haben. Damit geht Hand in Hand, dass diejenigen, die über Einstellungen und Beförderungen entscheiden, über Gleichstellungs- und Diversitätskompetenz verfügen.

Antidiskriminierung erfordert auch, entschlossen gegen sexuelle Belästigung vorzugehen. Die MeToo-Debatte hat verdeutlicht, dass sexuelle Belästigung zum Alltag vieler Menschen gehört. Klar ist: Jeder Fall ist einer zu viel, und wird nicht akzeptiert. Wir wirken daher sexueller Belästigung von Beschäftigten jeden Geschlechts effektiv entgegen und etablieren eine Hauskultur, in der Sexismus keinen Platz hat.

Wie setzen wir das um?

- **Gleiche Chancen im Zugang:** Um Chancengleichheit bei Einstellungen sicherzustellen, analysieren wir kontinuierlich unsere Auswahlverfahren und passen diese an, führen schriftliche Tests anonymisiert durch und besetzen unsere Auswahlkommissionen möglichst geschlechterparitätisch und unter Einbeziehung anderer Diversitätsaspekte. Wir schulen sie darin, unbewusste Vorurteile zu reflektieren und Bewerber*innen objektiv und vorurteilsfrei zu beurteilen.
- **Gleiche Chancen im Aufstieg:** Auch bei Beförderungen ist Chancengleichheit elementar. Die Belegschaft besteht zu 50% aus Frauen, der Anteil von Frauen in Führungspositionen beträgt jedoch lediglich rund 34%. Uns ist wichtig, dass Frauen genauso schnell und weit die Karriereleiter hinaufsteigen können wie Männer. Um sicherzustellen, dass sich Elternzeit und Teilzeit nicht nachteilig auf den Karriereverlauf von Frauen und Männern auswirken, wird das Auswärtige Amt künftig ein eigens für das Auswärtige Amt entwickeltes Instrument zur Nachverfolgung von Karrieren einsetzen.
- **Gender- und Diversitätskompetenz der Beschäftigten sicherstellen:** Wir stärken die Gleichstellungs- und Diversitätskompetenz der Belegschaft nachhaltig. Bereits bei der Einstellung prüfen wir, ob Bewerber*innen über Gleichstellungs- und Diversitätskompetenz verfügen. In der Ausbildung werden wir neu eingestellte Kolleg*innen in Fragen der Gleichstellung und Diversität schulen. Zukünftig werden alle neuen Führungskräfte eine Schulung durchlaufen, in der sie sich mit Vorurteilen und Privilegien auseinandersetzen und intensiver als bisher für das Führen diverser Teams vorbereitet

werden (Anti-Bias-Schulung). Wir verstehen das Erlernen dieser Kompetenzen als lebenslange Aufgabe, die in der Fortbildung, in der Zentrale und an unseren Auslandsvertretungen immer wieder neu vermittelt, erprobt und erweitert werden.

- **Kollegiale Weiterbildung:** Die entsandten Kolleg*innen lernen im Laufe ihrer beruflichen Karriere teils sehr unterschiedliche Länder kennen. Um die verschiedenen kulturellen Besonderheiten eines Gastlandes in allen Facetten verstehen und wertschätzen zu können, greift das Auswärtige Amt zukünftig noch stärker auf das Wissen und die Erfahrung der lokal Beschäftigten zurück. Sie können ihre neu angereisten Kolleg*innen bei der Eingewöhnung im Gastland beraten und ihnen zur Seite stehen (Onboarding).
- **Wir stehen Betroffenen umfassend zur Seite:** Denen, die im beruflichen Zusammenhang Opfer einer sexuellen Belästigung geworden ist, stehen wir mit vertraulicher Beratung, psychologischer Betreuung und offiziellen Beschwerdewegen zur Seite. Wir erleichtern den Zugang zu unserer Beschwerdestelle auch für diejenigen lokal Beschäftigten, die kein Deutsch sprechen. Auch anonyme Beschwerden sind künftig möglich. Unsere Betreuungs- und Beratungsangebote gelten auch für diejenigen, die sich einer sexuellen Belästigung beschuldigt finden. Schon während eines laufenden Beschwerdeverfahrens können Schutzmaßnahmen getroffen werden, um eine belastende Situation zu entspannen.
- **Null Toleranz:** Jede Form der sexuellen Belästigung ist verboten und wird nicht geduldet! Unseren Anspruch eines Arbeitsumfeldes, das frei von Diskriminierung und sexueller Belästigung ist, verdeutlichen wir auch gegenüber unseren Partner*innen.
- **Intervention und Prävention:** Wir sensibilisieren dafür, was genau sexuelle Belästigung ist. Wir schulen unsere Belegschaft für den Umgang mit sexueller Belästigung und Sexismus. Wir stellen sicher, dass unsere Hilfsangebote breit bekannt sind. Der geplante Verhaltenskodex wird auch ein Kapitel zu sexueller Belästigung und Mobbing enthalten.

Feministische Außenpolitik in der Praxis

Projekt „Chancengleichheit gestalten“

Organisationen können Schwachstellen haben, die verhindern, dass problematische Strukturen erkannt werden. Wir haben daher das Fraunhofer Center for Responsible Research and Innovation mit dem Projekt „Chancengleichheit gestalten“ beauftragt. Ein Jahr lang hat das Fraunhofer-Institut geprüft, wie Chancengleichheit und damit die Ziele unserer Feministischen Außenpolitik noch stärker bei uns gefördert werden können. Im Rahmen dieses Projekts hat das Fraunhofer-Institut verschiedene Videos entwickelt, die zum Nachdenken über unbewusste Vorurteile, Schubladendenken und Chancengleichheit anregen sollen.

Leitlinie 9

*Wir fördern Vielfalt in den eigenen Reihen. Diverse Teams verstehen wir als Bereicherung für unsere Arbeit. Wir richten mehr Stellen im Inland ein, die nicht der Rotation unterliegen, und sichern damit nachhaltig Fachexpertise. Wir schulen in Aus- und Fortbildung die Gender- und Diversitätskompetenz unserer Kolleg*innen, insbesondere der Führungskräfte.*

Wir vertreten Deutschland im Ausland. Feministische Außenpolitik bedeutet für uns, dass sich die Vielfalt der deutschen Gesellschaft auch in den eigenen Reihen widerspiegelt. Denn nur so können wir glaubwürdig ein aktuelles Deutschlandbild vermitteln.

Wie setzen wir das um?

- **Vielfalt im Auswärtigen Amt fördern:** Wir ermutigen Frauen und Angehörige unterrepräsentierter Gruppen in unserer Nachwuchswerbung und in Ausschreibungstexten, sich beim Auswärtigen Amt zu bewerben. Wir treten bei Nachwuchsveranstaltungen auf, die sich gezielt an Frauen und unterrepräsentierte Gruppen wenden, z.B. die Karrieremessen *Her Career* und *Women & Work*. Wir richten eigene Informationsveranstaltungen für diese Zielgruppen aus und arbeiten eng mit Organisationen zusammen, die Angehörige unterrepräsentierter Gruppen bei Ausbildung, Studium und Berufseinstieg unterstützen, zum Beispiel der Deutschlandstiftung Integration. Gemeinsam mit der Initiative *Klischeefrei*, der das Auswärtige Amt im August 2022 beigetreten ist, machen wir uns dafür stark, Bewerber*innen gleichermaßen für sämtliche Tätigkeiten in unserem Haus zu interessieren.
- **Beschäftigung ohne Rotation ermöglichen:** Schon jetzt besteht das Auswärtige Amt nicht nur aus den Generalist*innen, die alle drei bis vier Jahre auf einen neuen Posten rotieren. An unseren Auslandsvertretungen sind unsere lokal Beschäftigten die beständigen Expert*innen, im Inland arbeiten Spezialist*innen der Fach- und Sonderlaufbahnen zum Beispiel im Sprachendienst, im Politischen Archiv, im Gesundheitsdienst und in der IT. Ab 2023 werden wir weitere Stellen in Berlin und Bonn für Expert*innen öffnen, deren Fachwissen wir dauerhaft benötigen. Dadurch ermöglichen wir zukünftig Menschen, die aus verschiedenen Gründen nicht rotieren wollen, eine Beschäftigung im Auswärtigen Amt und fördern die Diversität der Belegschaft.
- **Wertschätzung für Vielfalt als Führungsaufgabe etablieren:** Um Gleichstellung, Diversität und Inklusion als Werte fest in der Organisation zu verankern, wird das Auswärtige Amt sich künftig auch in seinem Leitbild Führung, das die zentrale Handlungsanleitung für seine Führungskräfte darstellt, und in einem Verhaltenskodex hierzu bekennen. Wir werden unsere Führungskräfte darin unterstützen, Vielfalt im Team zu fördern und wertzuschätzen.

Feministische Außenpolitik in der Praxis

Wie divers sind unsere Mitarbeitenden?

*Im Auswärtigen Dienst arbeiten verschiedene Beschäftigtengruppen miteinander: Etwa 50% der Belegschaft des Auswärtigen Amtes sind als lokal Beschäftigte an unseren Auslandsvertretungen tätig. Rund 80% der anderen Hälfte rotieren als Entsandte regelmäßig zwischen Deutschland und den Auslandsvertretungen. Daneben sind aber auch Spezialist*innen für das Auswärtige Amt tätig, zum Beispiel im Sprachendienst, im Politischen Archiv und in der IT.*

In all diesen Beschäftigtengruppen nimmt die Diversität in ihren Reihen zu. Inzwischen ist die Hälfte der Belegschaft des Auswärtigen Amtes weiblich. Allerdings verteilt sich der Frauenanteil noch ungleich über die verschiedenen Bereiche und Hierarchiestufen. Unter den Entsandten des Auswärtigen Amtes beträgt der Anteil der Beschäftigten mit Einwanderungsgeschichte laut einer Beschäftigtenbefragung des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung 14,7% (im Vergleich zu 27% in der deutschen Bevölkerung). Auch hier ist die Verteilung ungleich über die verschiedenen Arbeitsbereiche und Hierarchiestufen. Unter den lokal Beschäftigten an den Auslandsvertretungen mit ihren rund 150 Nationalitäten haben 80% nicht die deutsche Staatsangehörigkeit. Weiterhin arbeiten rund 300 Beschäftigte mit Schwerbehinderung unter den Entsandten, von denen ca. 30% derzeit im Ausland im Einsatz sind. Hier ist die Verteilung besonders ungleich über die verschiedenen Bereiche und Hierarchiestufen.

Benachteiligungen innerhalb unseres Hauses wollen wir erkennen und abstellen. Hierzu arbeiten wir eng mit unseren Beschäftigtennetzwerken zusammen: Rainbow, dem 1994 gegründeten, informellen Zusammenschluss von LSBTIQ-Personen und ihrer Partner*innen; Frauen@diplo e.V., dem 2018 gegründeten Frauenverein des Auswärtigen Amtes; dem 2019 gegründeten Netzwerk **Diplomats of Color** von Beschäftigten, die auf Grund kultureller, ethnischer oder religiöser Herkunft Rassismus bzw. Diskriminierungserfahrungen erlebt haben; sowie inklusiv, dem 2022 gegründeten Netzwerk von und für Menschen mit Behinderungen.*

Leitlinie 10

Wir ermutigen Austausch und Vernetzung. Wir entwickeln die feministische Außenpolitik im Dialog mit Zivilgesellschaft, Bürger*innen und internationalen Partner*innen weiter.

Wie können wir Gleichstellung und Diversität darüber hinaus befördern? Diese Frage stellt sich nicht nur uns. Wir tauschen uns hierzu eng mit anderen Behörden des Bundes, der Länder und der Kommunen sowie mit der Zivilgesellschaft aus. Da ein besonderes Wesensmerkmal des Auswärtigen Dienstes die Rotation ist, die die Tätigkeit der Beschäftigten entscheidend prägt, spielt auch der Austausch mit anderen Außenministerien eine wichtige Rolle. Im Rahmen unserer internationalen Diplomatenausbildung bieten wir ein Forum für regelmäßigen Austausch zu feministischer Außenpolitik und zu den Themen Gleichstellung und Diversität an. Genauso wichtig ist uns der Austausch mit der Zivilgesellschaft, um von anderen zu lernen, zuzuhören, aufzugreifen.

*Instrumente
feministischer
Außenpolitik*

Mit diesen Leitlinien verankern wir feministische Außenpolitik in allen Politikfeldern der Außenpolitik und befördern eine diskriminierungsfreie Hauskultur, die Vielfalt wertschätzt und fördert. Dabei verstehen wir feministische Außenpolitik als Handlungsweise und Querschnittsaufgabe. Unsere Kolleg*innen im Inland und Ausland wollen wir in die Lage versetzen, sie im eigenen Arbeitsbereich in Handeln zu übersetzen.

Für ein umfassendes *Mainstreaming* schaffen wir die geeigneten Instrumente und Standards. Wir wollen unsere finanziellen *Mittel* entsprechend ausrichten und mit Hilfe von *Multiplikator*innen* die Reichweite feministischer Außenpolitik vergrößern. Schließlich werden wir durch ein *Monitoring* eine fortlaufende Evaluierung feministischer Außenpolitik ermöglichen.

Mainstreaming

Mainstreaming feministischer Außenpolitik bedeutet, einen „feministischen Reflex“ in alle außenpolitischen Handlungsfelder und in alle Arbeitsbereiche unseres Dienstes hineinzutragen. Hierzu schaffen wir Instrumente und Standards.

- Feministische Außenpolitik ist Chef*innensache. Die Bundesministerin des Auswärtigen und die Leitung des Auswärtigen Amtes werden sie als solche behandeln.
- Wir werden eine Botschafterin für feministische Außenpolitik ernennen. Die Botschafterin wird für das Mainstreaming feministischer Außenpolitik Sorge tragen. Sie wird die Leitlinien weiterentwickeln und ihre Umsetzung sicherstellen. Sie wird Impulse geben, beraten und vernetzen. Ihr wird ein Stab „Feministische Außenpolitik“ zugeordnet, den wir bereits eingerichtet haben. In allen Abteilungen des Auswärtigen Amtes und an unseren Auslandsvertretungen wird es Ansprechpersonen für feministische Außenpolitik geben. Ein hochrangiger Steuerungskreis im Auswärtigen Amt wird die Umsetzung der Leitlinien begleiten, in Rückkopplung mit Vertreter*innen der Zivilgesellschaft.
- Wir streben an, dass die Grundsätze der feministischen Außenpolitik in alle außenpolitischen Strategien integriert werden. Das gilt insbesondere für zentrale Strategiepapiere wie die Sicherheitsstrategie, die China-Strategie und die Strategie zur Klimaaußenpolitik des Auswärtigen Amtes.
- Über Fortbildungen für alle Laufbahnen unseres Dienstes erhöhen wir die Genderkompetenz unserer Kolleg*innen. Feministische Außenpolitik verankern wir in allen Pflichtfortbildungen unseres Dienstes, um einen „feministischen Reflex“ auszubilden.
- Bei Reisen der Außenministerin werden Treffen mit Frauennetzwerken oder Vertreter*innen marginalisierter Gruppen, wann immer möglich, Bestandteil des Programms sein. Bei den begleitenden Delegationen aus Wirtschaft, Zivilgesellschaft oder Politik streben wir Parität an. Wir haben 2022 begonnen, diese Praxis zu etablieren.

- Für Veranstaltungen im In- und Ausland geben wir einen Parity Pledge ab: Wir verpflichten uns, bei Panelveranstaltungen und im Einladungsmanagement künftig einen Paritätskorridor einzuhalten. Seine Beachtung ist ein Faktor für die Entscheidung, ob wir an Veranstaltungen teilnehmen.
- Internationale Aktionstage werden wir nutzen, um auf die Anliegen von Frauen, Mädchen und marginalisierten Gruppen aufmerksam zu machen – in sozialen Medien, mit Ausstellungen und Workshops. Im Dialog mit ihren Gastregierungen werden unsere Mitarbeiter*innen an den Auslandsvertretungen diese Anliegen thematisieren.
- Um einen zusätzlichen Anreiz für das Engagement im Rahmen der feministischen Außenpolitik zu setzen, schaffen wir einen *Best Feminist Practice*-Preis. Dieser wird jährlich an Initiativen aus dem Kreis der Mitarbeiter*innen vergeben.

Feministische Außenpolitik in der Praxis

Mainstreaming in der Rechts- und Konsulararbeit des Auswärtigen Amts

Die Rechtsabteilung des Auswärtigen Amts hat 2022 die konsularischen Abläufe an den Auslandsvertretungen überprüft. Zur besseren Unterstützung für Frauen und marginalisierte Gruppen werden folgende Vorhaben umgesetzt:

- *Frauen und Personen mit besonderen Gefährdungslagen werden im Rahmen humanitärer Aufnahmeprogramme, bei Resettlements und Vorschlägen des Auswärtigen Amts zu Einzelaufnahmen nach § 22 S. 2 AufenthG besonders berücksichtigt.*
- *Bei der Organisation des Visumverfahrens wird ein besonderes, geschlechtersensibles Augenmerk auf konkrete Gefährdungslagen gelegt.*
- *Die überarbeitete Dienstanweisung zu Hilfe für Deutsche im Ausland wird hervorheben, dass von (sexualisierter) Gewalt Betroffene diskret, einfühlsam, empathisch und möglichst durch konsularisches Personal des gleichen Geschlechts zu betreuen sind. In bestimmten Konstellationen soll es aus Schutzgründen stärker als bereits bisher möglich sein, ohne Einschaltung von Angehörigen zu helfen und von Gebühren zu befreien. Ein besonderes Augenmerk wird auf die Einbindung von Psychotherapeut*innen und die Kontaktvermittlung zu Hilfsorganisationen und Fachberatungsstellen gelegt.*
- *Bei der Auflistung von Rechtsanwaltskanzleien für die Rechtsberatung von Deutschen im Ausland achten die Auslandsvertretungen darauf, dass auch Rechtsanwält*innen marginalisierter Gruppen als Ansprechpartnerinnen genannt werden.*
- *Die Rechts- und Konsularabteilungen der Auslandsvertretungen intensivieren den Dialog mit ihren Gastländern zur Überwindung bestehender Diskriminierung und verbesserter Hilfe für Menschen in Not.*

Multiplikator*innen

Wir wollen weltweit Multiplikator*innen gewinnen. Über die Förderung von Netzwerken in aller Welt wollen wir die Mittel hebeln, die wir einsetzen. In Deutschland wollen wir für den notwendigen Rückhalt für feministische Außenpolitik werben.

- Seit ihrer Amtsübernahme hat Außenministerin Baerbock ein Netzwerk weiblicher und feministisch interessierter Außenminister*innen aufgebaut. Mitglieder dieses Netzwerks nahmen beispielsweise an der Konferenz zur feministischen Außenpolitik teil, die die Bundesministerin im September 2022 in Berlin ausrichtete. Dieses Netzwerk wollen wir weiter festigen, ausbauen und themen- bzw. anlassbezogen zur Abstimmung eines gemeinsamen feministischen Vorgehens heranziehen.
- Wir werden auf europäischer Ebene Netzwerke bilden. Ein regelmäßiger Austausch im Vorfeld des Rats für Auswärtige Angelegenheiten soll helfen, feministische Perspektiven auf aktuelle Themen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik zu formulieren; im Vorfeld des Rats für Allgemeine Angelegenheiten kann er dazu beitragen, feministischen Ansätzen Eingang in die Diskussionen zu Rechtsstaatlichkeit in der EU und in die Verhandlungen zum EU-Haushalt zu ebnet.
- Wir unterstützen regionale Frauennetzwerke. Das Frauennetzwerk UNIDAS bringt Frauen und Frauenbewegungen in Lateinamerika, der Karibik und Deutschland miteinander in Verbindung und stärkt sie in ihrem Einsatz für Gleichberechtigung und Frauenrechte. 2022 verlieh die Außenministerin erstmals den UNIDAS-Preis für Frauenrechte und Demokratie. Mit dem „African Women Leaders Network“ unterstützen wir eine Plattform zur Vernetzung afrikanischer Frauen in Führungspositionen in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft. Wir wollen ähnliche Netzwerke von Frauen und marginalisierten Gruppen auch in anderen Weltregionen fördern.
- Menschenrechtsverteidiger*innen, darunter viele Frauen und Vertreter*innen marginalisierter Gruppen, sind herausragende Multiplikator*innen der feministischen Außenpolitik. In einigen Staaten wird ihr Handlungsspielraum jedoch stark eingeschränkt. Im Rahmen der von uns finanzierten Elisabeth-Selbert-Initiative werden gefährdeten Menschenrechtsverteidiger*innen aus allen Regionen der Welt Schutzräume geboten, die sie zur Bewältigung von Traumata und für die berufliche Weiterbildung und Netzwerkarbeit nutzen können.
- Unsere Auslandsvertretungen werden, angepasst an den jeweiligen lokalen Kontext, engagierte Multiplikator*innen für Themen feministischer Außenpolitik in Gesprächs- und Veranstaltungsformate einbinden, Räume zur Vernetzung schaffen und bestehende Netzwerke auf mögliche Exklusionen überprüfen. Das werden wir insbesondere an Orten leisten, an denen die Räume für zivilgesellschaftliches Engagement eingeschränkt sind.
- Den Austausch mit den vielen Deutschen, die in internationalen Organisationen arbeiten, wollen wir weiter intensivieren und werden darauf hinarbeiten, mehr Frauen in internationale Führungspositionen zu bringen. Damit entsprechen wir einem Auftrag aus dem Koalitionsvertrag. Dies machen wir, indem wir individuelle Bewerber*innenberatung anbieten, Bewerbungen flankieren

und ausgewählte Vakanzen fachbezogen in spezifische Frauennetzwerke einspeisen. Das Frauen-Management-Netzwerk unserer Ständigen Vertretung bei der EU in Brüssel werden wir für eine gezielte Unterstützung weiblicher Bewerbungen bei den europäischen Institutionen nutzen.

Feministische Außenpolitik in der Praxis

Internationale Konferenz „Shaping Feminist Foreign Policy“ im Auswärtigen Amt

*Die internationale Konferenz „Shaping Feminist Foreign Policy“ am 12. September 2022 im Auswärtigen Amt war eine wichtige Etappe für unsere feministische Außenpolitik. Knapp 500 Expert*innen und Fachpublikum aus aller Welt brachten ihre Sichtweisen in diversen Workshops und Paneldiskussionen ein.*

*Mit ihren Amtskolleg*innen aus Albanien, Luxemburg, Norwegen, Ruanda und Schweden erörterte die Bundesministerin die Anwendung feministischer Außenpolitik auf tagesaktuelle außenpolitische Themen. Zusammen mit weiteren hochrangigen Vertreter*innen aus Kanada, Chile, Finnland, Israel, Niederlande und Mexiko wurde vereinbart, das Berliner Format auf Minister*innenebene zu verstetigen und zu erweitern.*

Mittel

Feministische Außenpolitik zielt auf gleichen Zugang der Geschlechter und marginalisierter Gruppen zu Ressourcen. Das muss sich auch im Haushalt des Auswärtigen Amtes niederschlagen. Ein zentrales Instrument hierfür ist ein *Gender Budgeting*, mit dessen Hilfe wir steuern und dokumentieren können, wie sich die politischen Prioritätensetzungen in der Ressourcenverteilung widerspiegeln. *Gender Budgeting* ermöglicht auch die Berücksichtigung von Diversitätsaspekten und Intersektionalität.

Erste Schritte hin zu *Gender Budgeting* haben wir bereits in der Menschenrechtspolitik, im Kulturbereich und in der Humanitären Hilfe gemacht. In der Abteilung für internationale Ordnung, Vereinte Nationen und Rüstungskontrolle werden 2023 erstmals bis zu 50% der Menschenrechte-Projektmittel für Projekte zur Förderung von Frauen und marginalisierten Gruppen aufgewendet. In der Abteilung für Kultur und Gesellschaft entwickeln wir derzeit mit externer Unterstützung die notwendigen Verfahren und Standards. Die Abteilung für Krisenprävention, Stabilisierung, Friedensförderung und humanitäre Hilfe hat sich das Ziel gesetzt, die humanitäre Hilfe noch in dieser Legislaturperiode zu 100% mindestens gendersensibel und, wo immer angezeigt, gender-targeted umzusetzen.

Diesen Weg werden wir jetzt weitergehen, indem wir auf Grundlage eines inklusiven Genderbegriffs ein systematisches *Gender Budgeting* im gesamten Haus etablieren. Wir vollziehen damit einen notwendigen Paradigmenwechsel:

In einem ersten Schritt haben wir bereits veranlasst, dass im Haushalt 2023 des Auswärtigen Amtes erstmals OECD-orientierte Genderkategorien für alle Projektmittel im Haushalt des Auswärtigen Amtes verpflichtend zu prüfen sind. Diese belaufen sich 2023 auf 5,5 Milliarden Euro bei einem Gesamthaushalt von 7,5 Milliarden Euro. Das betrifft auch – aber nicht nur – die über 60% der Mittel des

Auswärtigen Amtes, die Teil der *Official Development Assistance* (ODA) der Bundesregierung sind. Damit versetzen wir das Auswärtige Amt erstmals in die Lage, in allen Arbeitsbereichen, in denen Projektmittel vergeben werden, auf Gleichstellung zugeschnittene Budgetentscheidungen zu treffen.

Ziel ist, künftig alle Projektmittel des Auswärtigen Amtes so einzusetzen, dass sie dem Anspruch gleichen Ressourcenzugang und -nutzens von Frauen und Männern genügen. Deshalb setzen wir uns in einem zweiten Schritt das Ziel, bis zum Ende der Legislaturperiode *Gender Budgeting* auf die gesamten Projektmittel des Auswärtigen Amtes anzuwenden und schrittweise auf den gesamten Haushalt des Ministeriums auszuweiten. Wir streben an, bis 2025 85% der Projektmittel gendersensibel (GG1-angelehnt nach den DAC-Kategorien der OECD) und 8% gendertransformativ (GG2-angelehnt) auszugeben. Auf europäischer Ebene werden wir die Europäische Kommission bestärken, ihre Bemühungen um ein systematisches *Gender Budgeting* zu verstärken.

Monitoring

Feministische Außenpolitik muss sich in der Praxis bewähren. Das gilt umso mehr, als wir mit der in diesen Leitlinien formulierten Politik teilweise Neuland betreten. Dabei werden Fehler nicht ausbleiben; es wird der Kritik und der Korrektur bedürfen. Wir wollen deshalb Fortschritte und Schwierigkeiten in der Gestaltung feministischer Außenpolitik fortlaufend verfolgen und im Dialog auswerten.

Im Bereich Frieden und Sicherheit folgen wir dem Monitoring- und Evaluationsplan des dritten Nationalen Aktionsplans zur WPS-Agenda. Dieses kontinuierliche Monitoring dient der Überprüfung und gegebenenfalls Anpassung des Nationalen Aktionsplans. Es bietet zugleich Gelegenheit zu einem regelmäßigen Austausch mit der interessierten und fachkundigen Zivilgesellschaft, etwa dem „Aktionsbündnis 1325“.

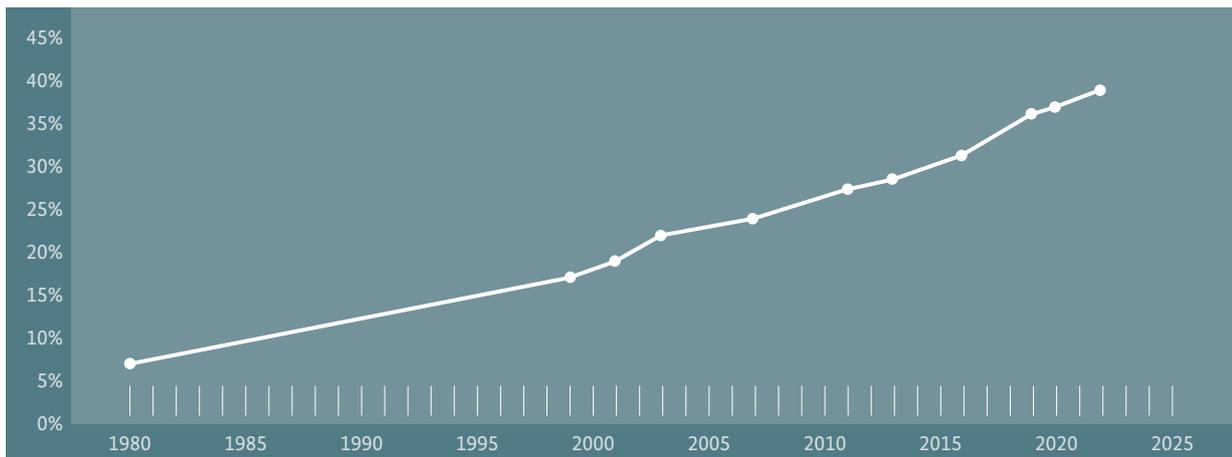
Die Gesprächsfäden in Wissenschaft und Zivilgesellschaft, die wir bei der Erarbeitung dieser Leitlinien geknüpft haben, wollen wir fortspinnen. Wir werden deshalb ein Forum für einen kritischen Austausch mit Expert*innen zu allen Fragen feministischer Außenpolitik schaffen. Der zuständige Staatsminister wird diesen Austausch ebenso wie die Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe als Bindeglied zur Zivilgesellschaft begleiten. In diesen Formaten wollen wir den Dialog fortsetzen, Anregungen zur Fortentwicklung unserer feministischen Außenpolitik erörtern und aufgreifen.

*Datenblatt:
Frauen im
Auswärtigen Amt*

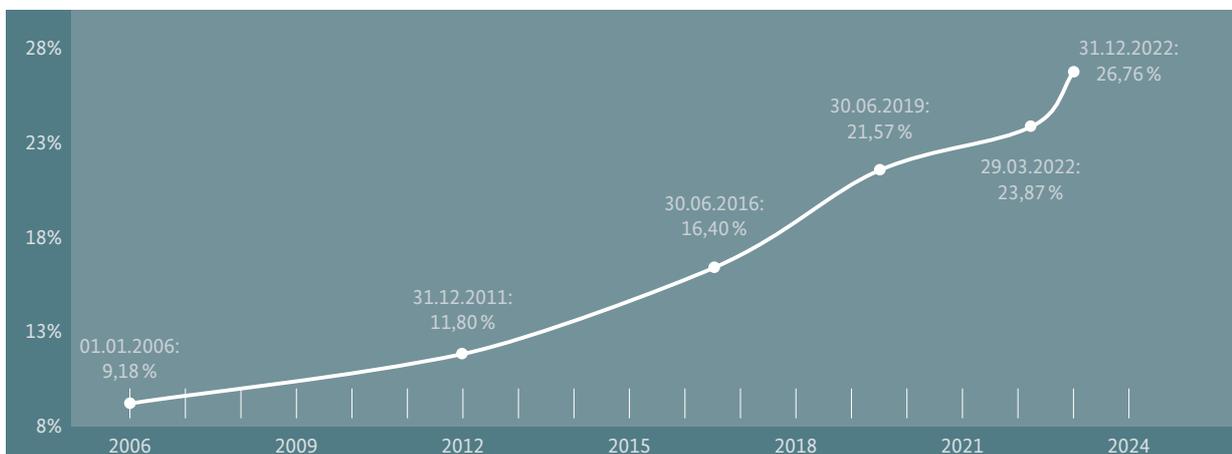
Frauen in Führungspositionen

AA Stichtag	Frauenanteil in %							
	an Beschäftigten	im höheren Dienst	an allen Leitungsfunktionen im höheren Dienst					an Leitungen der Auslandsvertretungen
			insgesamt	an Staatssekretär*innen	an Abteilungsleitungen (In- und Ausland)	an Unterabteilungsleitungen (In- und Ausland)	an Referatsleitungen (In- und Ausland)	
30.12.2022	49,8	39,1	28,7	66,7	36,4	35,7	26,0	27,1
30.06.2022	49,4	38,3	26,1	66,7	35,5	31,3	23,8	23,0
30.06.2021	49,4	37,3	23,5	50,0	24,2	30,2	21,7	20,3
30.06.2020	49,5	36,8	23,1	50,0	21,9	26,4	22,2	19,4

Frauenanteil am höheren Dienst



Frauenanteil an den Besoldungsgruppen A16 – B9



Impressum

Herausgeber

Auswärtiges Amt
Referat OR06
Werderscher Markt 1
10117 Berlin

www.auswaertiges-amt.de

Stand

Februar 2023



www.diplo.de

-  facebook.com/AuswaertigesAmt
-  twitter.com/auswaertigesamt
-  youtube.com/user/AuswaertigesAmtDE
-  instagram.com/auswaertigesamt